

Josef Winiger

Der VdÜ – ein berufsständischer Verband mit Strahlkraft über das Berufsständische hinaus

Was bewegte zur Gründung?

In einem 1965 geschriebenen Aufsatz¹ beschäftigte sich Marcel Reich-Ranicki mit dem Elend der massenhaften schlechten Übersetzungen, doch gnädig auch mit dem Elend derer, die gemeinhin dafür geprügelt wurden, nämlich der Übersetzer. Er berichtete von einem Verleger, der offen gestand, lieber mit mittelmäßigen als mit guten Übersetzern zusammenzuarbeiten, weil dies weniger koste und weniger Ärger mit Zuarbeitern mache, die sich gegen Veränderungen an ihrem Manuskript sträubten. Reich-Ranicki meinte dann, nur die Literaturkritik könne die Verleger zur Zusammenarbeit mit den besseren Übersetzern zwingen, indem die Literaturkritik, unterstützt von der universitären Philologie, eine literarisch interessierte Öffentlichkeit befähigte, „zwischen den vorzüglichen, nur brauchbaren und schlechten Übersetzungen zu unterscheiden.“

Diese Erwartung hat sich bis heute kaum erfüllt. Wenn seither das allgemeine Niveau der Übersetzungen dennoch unbestreitbar gestiegen ist, so ist dies – ich wage das ohne Einschränkung zu behaupten, im Nachbarland Frankreich ist dasselbe zu beobachten – dem Verband der geprügelten Literaturübersetzer zu verdanken, und zwar deshalb, weil er nicht bloß ein berufsständischer Verband, sondern *eine Bewegung* war und noch ist, weil er zum Brennpunkt wurde, wo sich die Energien einer wachsenden Zahl von Übersetzerinnen und Übersetzer bündelten, die nicht nur – natürlich *auch!* – die miserablen Bedingungen, unter denen sie arbeiteten, verändern wollten, sondern ständig nach Wegen suchten, wie die von ihnen ausgeübte Kunst des Übersetzens zu befördern wäre. Und dabei in einem Maße zur Zusammenarbeit bereit waren, wie man es unter Konkurrenten, die sie ja als Freiberufler grundsätzlich sind, nicht erwarten würde. Ein Versuch, die Geschichte des VdÜ zu skizzieren, könnte diesem Verband unmöglich gerecht werden, hielte er sich nur an die dürre Vereinschronik.² Das weitaus Wichtigste, was *aus dem Verband heraus* entstand, waren die Initiativen, die den klassischen Rahmen eines Berufsverbandes überstiegen und heute meist auch unabhängig von ihm existieren: Das

¹ „Verräter, Brückenbauer, Waisenkinder“, geschrieben für den Internationalen Übersetzer-Kongress in Hamburg 1965. Veröffentlicht in *Die Zeit*, danach abgedruckt in *Nichts als Literatur*, Reclam, Ditzingen, 1986. Reich-Ranicki stellte den Text auch für die Pressemappe zur Verfügung, die der VdÜ anlässlich der Buchmesse Frankfurt 1989 erstellte.

² Die Verbandschronik ist schlecht dokumentiert. Das nach dem Gewerkschaftsanschluss im Keller eines Stuttgarter Gewerkschaftshauses lagernde VdÜ-Archiv fiel nach einer Mitteilung von Ursula Brackmann in den 1970er Jahren einem Wasserschaden zum Opfer. Für die Zeit bis 1974 standen mir als einzige Quelle die Protokolle bzw. Protokoll-Auszüge und einige Schriftwechsel in der Akte des Vereinsregisters Hamburg zur Verfügung. Nach dem Gewerkschaftsbeitritt im Jahre 1974 führte die Bundessparte Übersetzer kein eigenes Archiv mehr. Das wenige, was in dem von der Friedrich Ebert Stiftung betreuten Archiv der ver.di lagert, stammt aus Privatarchiven von Mitgliedern. – Aus ihren Privatarchiven überließen mir auch Ragni Maria Gschwend und Ursula Brackmann aufschlussreiche Quellendokumente, beide seien hiermit herzlich bedankt. Bedankt sei auch Dr. Regina Peeters vom EÜK, die mir die im eigenen Archiv fehlenden Jahrgänge von *Der Übersetzer* zur Verfügung stellte.

Europäische Übersetzerkollegium in Straelen, die dort von Übersetzern in Eigenregie veranstalteten Werkstattgespräche (schon in den ersten zehn Jahren des Bestehens weit über Hundert!), der Deutsche Übersetzerfonds, die Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen seiner „virtuellen“ Akademie der Übersetzungskunst, die zweisprachigen ViceVersa-Werkstätten, die Weltlesebühne und anderes mehr. All dies wurde nicht vom Verband als solchem erkämpft und aufgebaut, sondern von einzelnen Übersetzerinnen und Übersetzern – die aber, wären sie im nicht Verband gewesen, schwerlich die nötigen Mitstreiter und Synergien gefunden hätten.

Schon der Gründung des VdÜ 1954 in Hamburg haftete etwas von einer *Bewegung* an. Natürlich gab es materielle Umstände, auf die sie in gewisser Weise eine Antwort war, nämlich die in jener Zeit explosionsartig zunehmenden Übersetzungen bei den deutschen Publikumsverlagen mit einem kaum zu deckenden Bedarf an Übersetzern. Doch diese materiellen Umstände waren wohl nur äußere, die Namen der Initiatoren lassen annehmen, dass Motive anderer Art den Ausschlag gaben: Rolf Italiaander, der erste Präsident, war ein unermüdlicher Vermittler und Kämpfer für kulturelle Völkerverständigung. Und das Ehepaar Hans Georg Brenner und Susanna Brenner-Rademacher, dem möglicherweise eine Hauptrolle bei der Initiative zuzuschreiben ist, hatte zuvor schon in der Gruppe 47 eine wichtige Rolle gespielt: Hans Georg Brenner, der Senior (und Namensgeber) dieser Gruppe, war für Hans Werner Richter in der Anfangszeit ein Mentor gewesen, und Susanna Brenner-Rademacher war lange Jahre hindurch häufiger Gast bei den Treffen, wo man sie gern „die Königin“ nannte.³ Die Aufbruchsstimmung des „Kahlschlags“ und des Bewusstmachens, wie sie in der ersten Zeit der Gruppe 47 herrschte, war wohl das, was auch diese Handvoll Hamburger Literaten zur Gründung des VdÜ motivierte: Auch beim Übersetzen strebte man eine Neubesinnung an, man wollte das übersetzerische Tun neu reflektieren, auf den Prüfstand stellen. Und ähnlich wie in der Gruppe 47 wollte man die Vereinzelung durchbrechen, sich kennenlernen, sich austauschen: „Da sind ein paar Leute, die sich treffen wollen, alles Übersetzer – mal sehen, was wir zusammen erreichen können“, so erinnerte sich Werner Peterich an den Tag des Gründungstreffens.⁴

Die Ära der übersetzenden Schriftsteller

Bemerkenswert ist, dass die meisten Gründungsmitglieder etablierte Schriftsteller waren, die – mehr oder weniger gelegentlich – *auch* übersetzten. Ein Paragraph der Satzung zeugte davon: Nur „Schriftsteller, die mindestens drei Werke literarischen oder wissenschaftlichen Charakters in Buchform veröffentlicht“⁵ oder Theaterstücke auf öffentlichen Bühnen zur Aufführung gebracht hatten, waren „ordentliche“ Mitglieder, bloße „Übersetzer literarischer und wissenschaftlicher Werke“ mussten sich mit dem Status eines „außerordentlichen“ Mitglieds begnügen und hatten

³ Edwin Ortmann, „Nachruf auf Susanna Brenner-Rademacher“, in: *VS Mitteilungsblatt*, 1/1981.

⁴ *Übersetzen*, Nr. 2–3, 2004, S. 6.

⁵ Auf der Mitgliederversammlung 1969 wurde diese Bestimmung wie folgt abgeändert: „Als ordentliche Mitglieder können Schriftsteller aufgenommen werden, die Übersetzungen literarischen oder wissenschaftlichen Charakters aus dem Deutschen oder ins Deutsche in Buchform veröffentlicht haben.“

weder Stimm- noch Wahlrecht. Doch nicht alle waren Schriftsteller, einige wollten es gar nicht sein und übersetzten aus schierer Literaturbegeisterung, so Werner Peterich, der Verlagslektor war und zu übersetzen begann, „um zu verstehen“⁶, und vor allem die vier Frauen der Gründergruppe: Susanna Brenner-Rademacher, Thyra Dohrenburg (Übersetzerin u.a. von Astrid Lindgren und Hans Christian Andersen), Anna-Liese Kornitzky und Karin von Schab (Übersetzerin u.a. von Daphne DuMaurier und Elizabeth von Arnim). Sie exerzierten vor, was die meisten Literaturübersetzer heute tun: Übersetzen um des Übersetzens, um der Spracharbeit willen. Und sie betrachteten ihr Tun nicht als Nebenbeschäftigung, sondern als Profession.

Am 23. August 1954 schritt man im Hamburger Rabenkeller zur Gründung. Über die Vorgeschichte ist nichts bekannt. Man kann nur vermuten, dass Rolf Italiaander das Ehepaar Brenner kennenlernte, das, weil Hans Georg eine Lektorenstelle bei Claassen antrat, Anfang 1954 von München nach Hamburg gezogen war. Im kleinen Kreis kam wohl der Gedanke eines Übersetzerverbandes auf, und Rolf Italiaander, der bereits 1950 das „Erste Hamburger Lesetheater“ initiiert und zusammen mit Hans Henny Jahnn die „Freie Akademie der Künste“ gegründet hatte, wollte vermutlich, wie das seine Art war, gleich Nägel mit Köpfen machen und lud zum Treffen.

Das Sitzungsprotokoll listet 16 Gründungsmitglieder auf: Hermann Quistorf, Rolf Italiaander, Harry Reuss-Löwenstein, Werner Peterich, Ludwig Dinklage, Martin Beheim-Schwarzbach, Karin von Schab (Karin Banks), Walter von Hollander, Dr. Hans José Rehfisch, Susanna Brenner-Rademacher, Kurt Heinrich Hansen, Thyra Jackstein-Dohrenburg, Dr. Walter Teich, Dr. Hans Haalck, Karl Kurt Peters, Hans Georg Brenner.⁷

Eine Woche danach, am 30. August, hielt man die erste Mitgliederversammlung ab und wählte einstimmig einen Vorstand: Rolf Italiaander als 1. Vorsitzender, Hermann Quistorf als 2. Vorsitzender, Hans Georg Brenner als Schriftführer, Hans Haalck als Justiziar. Im ebenfalls gewählten Beirat sassen Martin Beheim-Schwarzbach, Ludwig Dinklage, Thyra Dohrenburg, Kurt Heinrich Hansen, Hans José Rehfisch und Karin von Schab. Exakt die Hälfte der Gründungsmitglieder gehörte also dem Vorstand an, und da man vorhatte, den Kreis gleich über das Lokale hinaus auszudehnen, wollte man möglichst auch Nicht-Hamburger als „auswärtige Beisitzer“ kooptieren; genannt wurden: Günther Birkenfeld, Ernst Sander, Wilhelm Pferdekamp, Curt Werckshagen sowie Maria Schäfer-Rümelin, eine Übersetzerin im Hauptberuf.

Über die Aktivitäten des Vereins in den ersten Jahren seines Bestehens ist wenig bekannt. Ein bald nach der Gründung verfasstes Schreiben zur Mitgliederwerbung verwies auf ein Gespräch „Über die Kunst des Übersetzens“ im Rahmen der Berliner Festwochen 1954 und auf eine Veranstaltung zum selben Thema anlässlich der (von Rolf Italiaander initiierten) Hamburger Buchwoche. Außerdem wurde eine internationale Übersetzertagung in Paris vorangekündigt. Die Profession – die „Kunst des Übersetzens“ – war also bereits Thema der Reflexion. Und von Anfang

⁶ *Übersetzen* 2–3/2004, S. 6.

⁷ Die Reihenfolge entspricht dem Dokument beim Vereinsregistergericht Hamburg.

an auch die materiellen Bedingungen ihrer Ausübung, denn im selben Schreiben heißt es: „Der Vorstand ist beauftragt, Musterverträge für epische, lyrische, dramatische und wissenschaftliche Werke auszuarbeiten. Anregungen hierzu werden aus Mitgliederkreisen gern entgegengenommen.“ Man war optimistisch, schon im Oktober wollte man Entwürfe besprechen.

Doch die nachfolgenden Jahre scheint sich wenig getan zu haben. Rolf Italiaander brach 1955 zu einer halbjährigen Durchquerung Zentralafrikas auf (andere Reisen folgten), und dem Grüppchen fehlte vermutlich die organisatorische Dynamik seines Vorsitzenden. Erst für 1958 ist wieder eine Mitgliederversammlung dokumentiert, auf der Italiaander gestand, es habe „wenig Zusammenkünfte“ gegeben, bloß „schriftlichen Kontakt zu den Mitgliedern“. Weil in der Satzung eine Bestimmung über die Amtsdauer des Vorstands fehlte und das Vereinsregistergericht von einem jährlichen Turnus ausging, drohte sogar die behördliche Einsetzung eines Notvorstands, die der zweite Vorsitzende Hermann Quistorf gerade noch abwenden konnte. Immerhin hatte die Ausdehnung auf ganz Deutschland geklappt, so stieß schon bald der rührige Theaterleiter und Berliner Regierungsdirektor Carl Werckshagen dazu, der im Gründungsjahr 1954 das Berliner Gespräch über die „Kunst des Übersetzens“ angestoßen hatte; ein anderer prominenter Theatermann war das Gründungsmitglied José Rehfisch (das dramatische Fach war sehr präsent im Verbandsleben dieser Zeit). Und der VdÜ war Mitglied nicht nur der „Bundesvereinigung der deutschen Schriftstellerverbände“, sondern auch des 1953 gegründeten internationalen Übersetzerdachverbands FIT geworden. Beide Mitgliedschaften gaben Gelegenheit, sich ausgiebig über das Übersetzen zu verständigen und den jungen VdÜ interessierten Kreisen vorzustellen: 1959 hatte eine größere Gruppe von VdÜ-Mitgliedern am 3. Weltkongress der FIT teilgenommen, bei dem es um „die Qualität der Übersetzung“ ging. Und im Jahr zuvor hatte Rolf Italiaander im Rahmen des „IV. Kongresses deutschsprachiger Schriftsteller“ in München ein ganztägiges, durch prominente Gäste aus dem In- und Ausland aufgewertetes Gespräch zum Übersetzen organisiert, bei dem er selbst zwei Entwürfe für „Normalverträge“ vorstellte und Hans Georg Brenner über Termindruck und schändliche Honorierung bei den Übersetzern referierte. An Ort und Stelle wurde auch gleich eine „geheime Umfrage“ über die Honorare durchgeführt – mit „beschämendem Ergebnis“, wie es in einem Bericht heißt.

Verjüngung

Auf der Mitgliederversammlung 1960 kritisierte Rolf Italiaander die „mangelnde Mitarbeit der Mitglieder“, die vom Verband nur Aufträge erhofften, aber nicht mit anpackten. Bei der Wahl 1962 mochte er nicht mehr antreten, man ernannte ihn daraufhin zum Ehrenpräsidenten. Auch sein Vize Hans Georg Brenner, der 1958 Hermann Quistorf abgelöst hatte, wollte nicht mehr. Neuer Präsident (seit 1958 hießen die beiden Vorstandschargen offiziell „Präsident“ und „Vizepräsident“) wurde der Jurist und Fachübersetzer Rolf Tonndorf, zu seinem Stellvertreter wurde Helmut M. Braem gewählt, der mit seinen vierzig Jahren der „Jugend“ im Verband angehörte. Wie eine Braem nahestehende Zeitzeugin erzählte, war Tonndorf froh, in seinem Stellvertreter die literarische

Kompetenz zu finden, die er bei sich selbst vermisste: Braem, dieser leidenschaftliche Übersetzer, der eine ebenso leidenschaftliche Übersetzerin zur Ehefrau hatte (auch sie war Mitglied), entwickelte neue Ideen, die Tonndorf aufgriff. Das erste Projekt war die monatlich erscheinende Zeitschrift, die analog zu *Der Schriftsteller*, dem Organ der Schriftstellervereinigung, kurz und bündig *Der Übersetzer* hieß und im Januar 1964 erstmals erschien.

Auf der Mitgliederversammlung 1964 gab es ein großes Vorstandsrevirement. Rolf Tonndorf, der sehr gelobt wurde, weil er „die Renaissance des Verbandes eingeleitet“ habe⁸, gab den Vorsitz ab, er übernahm das Schatzmeisteramt und wollte vor allem die Bemühungen um einen Rahmenvertrag für Übersetzer vorantreiben und nebenbei den Kontakt zur FIT halten. Zum neuen Präsidenten wählte die Versammlung auf Vorschlag von Susanna Brenner-Rademacher den „jungen“ Helmut M. Braem, zum Vizepräsidenten den übersetzenden Schauspieler und Dramaturgen Günther Vulpius. Susanna Brenner-Rademacher selbst wurde zur Beisitzerin gewählt, zusammen mit Rolf Italiaander. Diese Konstellation blieb allerdings nur bis zur Mitgliederversammlung 1966 bestehen, bei der Günther Vulpius und Rolf Tonndorf nicht mehr für ihre bisherigen Ämter zur Verfügung standen. Schriftführerin wurde nun die 1965 als „förderndes Mitglied“ dem VdÜ beigetretene Ursula Brackmann, die legendäre „Madeleine“, die vier Jahre später zur „geschäftsführenden Schriftführerin“ ernannt werden sollte – „was sie realiter schon seit Jahren“ war, wie Helmut M. Braem zutreffend bemerkte, denn sie hatte ihm seit seiner Wahl aus persönlichem Engagement heraus quasi als Sekretärin zur Seite gestanden.

Auf derselben Mitgliederversammlung 1964 kündigte Italiaander den großen „internationalen Übersetzer-Kongress“ an, der dann vom 5.–8. April 1965 in Hamburg stattfand. Die Vereinigung der Schriftstellerverbände, die FIT, der PEN, die Stadt Hamburg und mehrere Bonner Ministerien, auch Verleger und Buchhändler unterstützten die Veranstaltung, die, wie Braem in einem Bericht feststellte⁹, eine Premiere in der Geschichte der Literaturübersetzung war: Drei Tage lang redeten Verleger, Lektoren, Kritiker und Schriftsteller mit Übersetzern über das Übersetzen.

Weniger spektakuläre, doch nicht minder wichtige Initiativen folgten: 1966 wurde ein Förderverein gegründet, der „Freundeskreis zur Förderung literarischer und wissenschaftlicher Übersetzungen e. V.“. Nebenbei bewog man den „Kürschner“, die Übersetzer gesondert aufzuführen, womit man ein erstes Übersetzerverzeichnis hatte; man warb Sponsoren für einen eigenen Übersetzerpreis; man ernannte Heinrich Böll zum Ehrenmitglied und etliches andere. Überhaupt ging es nun steil aufwärts, die vordem bescheidene Mitgliederzahl von weniger als 40 Personen hatte sich in den Jahren 1962–1964 fast vervierfacht und in den drei folgenden Jahren noch einmal verdoppelt, so dass der VdÜ im Spätherbst 1967 bereits 270 Mitglieder in insgesamt 20 Ländern zählte. In diesem Zeitraum traten auch eine Reihe von jüngeren oder wirklich jungen Mitgliedern ein, die in der VdÜ-Geschichte eine gewichtige Rolle spielen und als bedeutende Übersetzerinnen und Übersetzer Bekanntheit erlangen sollten (einige von ihnen beharrten schon

⁸ *Der Übersetzer*, 7/1964.

⁹ *Der Übersetzer* Nr. 6/1965. S. 1. – Bei diesem Kongress schlug Kurt Heinrich Hansen auch eine „Schule für literarische und dichterische Übersetzung“ vor. Sein Vorschlag ist abgedruckt in *Der Übersetzer* Nr. 2/1965.

darauf, Literaturübersetzer im Hauptberuf zu sein): Otto Bayer, Elmar Tophoven, Helmut Scheffel, Helmut Frielinghaus, Klaus Birkenhauer, Claus Sprick, Ragni Maria Gschwend.

Eine weitere, äußerst folgenreiche Initiative dieser Zeit war die Jahrestagung, bei der es nicht um Verbandspolitik, sondern um übersetzerische Inhalte ging. Sie hieß längere Zeit „Esslinger Gespräch“, dann, nach den jeweiligen Veranstaltungsorten, „Bergneustädter Gespräch“, schließlich „Wolfenbütteler Gespräch“.¹⁰ Die Initiative ging nicht nur von Helmut M. Braem, sondern zumindest *auch* von Mitgliedern aus. So befand nach der Mitgliederversammlung 1967 in München eine Gruppe Jüngerer, man solle nicht nur Vereinsmeierei betreiben, sondern mehr auch über Inhalte reden, und traf sich spontan in der Wohnung einer Kollegin. Elmar Tophoven erzählte dabei den staunenden Zuhörern von seinen Zettelkästen, in denen er die Übersetzungsprobleme systematisch festhielt. Vom 4.–6. November 1968 kamen vierzig VdÜ-Mitglieder und einige Gäste in Esslingen erstmals zu dieser dreitägigen Veranstaltung zusammen: Am ersten Tag hielt der Tübinger Romanist Mario Wandruszka ein Einführungsreferat über ein Thema, das ihm die Übersetzer selbst gestellt hatten: „Umgang mit der Sprache“. Am Tag darauf gab es für die Sprachen Englisch und Französisch Werkstattgespräche, die Helmut M. Braem an die Treffen der Gruppe 47 erinnerten (bei einigen hatte er selbst als Gast teilgenommen).¹¹ Am dritten Tag wechselte die Sprachrichtung: Ein deutscher Autor saß mit seinen Übersetzern auf dem Podium, es ging also um das Übersetzen *aus* dem Deutschen.¹² Das Veranstaltungsmodell hat sich so bewährt, dass es bis heute kaum verändert wurde, nur dass sich die Zahl der Workshops von zwei auf sechzehn erhöht hat und sie auch meist nicht mehr sprachgebunden sind, weil bei über hundert Sprachen, aus denen VdÜ-Mitglieder heute übersetzen, die Auswahl zunehmend „ungerecht“ ausfiel und außerdem der Zielsprache, dem Deutschen, inzwischen mehr Bedeutung zugemessen wird als dem Lösen sprachgebundener Wortprobleme. Das Modell machte in Frankreich Schule: Seit 1984 gibt es dort, nach ganz ähnlichem Schema, die jährlichen *Assises de la Traduction Littéraire en Arles*.

„Wir fordern“

Alle diese Initiativen eröffneten unerahnte neue Wege und ein neues Selbstverständnis. Helmut M. Braem umriss es 1970 in einem programmatischen Aufsatz, der mit den Worten begann: „Alle reden von Reformen. Übersetzer verwirklichen sie. Ohne Aufrufe und Absprachen ist eine Bewegung entstanden, die kein anderes, kein geringeres Ziel hat, als die Leistung jedes einzelnen zu steigern, seine Kenntnisse zu mehren, sein Wissen zu vertiefen.“ Und mit den Worten endete: „Ein oft geschmähtes Handwerk fördert sich selbst. Das ist neu, ist gut, ist notwendig.“¹³ Braem

¹⁰ Die Jahrestagung fand lediglich im Jahr 1989 nicht statt, weil die Tagungsstätte in Bergneustadt mit Übersiedlern belegt war.

¹¹ Vgl. *Der Übersetzer* 12-1968, S. 2. – Zu Braem als Gast bei der Gruppe 47 siehe Reinhard Lettau (Hrsg.), *Die Gruppe 47. Bericht – Kritik – Polemik*, Luchterhand, Neuwied und Berlin 1967, S. 530.

¹² Das 8. Esslinger Gespräch von 1976 ist in Buchform dokumentiert: Helmut M. Braem (Hrsg.), *Übersetzerwerkstatt*, mit einer Einleitung von Rosemarie Tietze, dtv 1979.

¹³ *Der Übersetzer*, 1/1970.

hatte den Aufsatz mit „Selbsthilfe“ überschrieben, und diese Selbsthilfe praktizierte man auch als solidarisch geübte gegenseitige Hilfe. Typisch dafür war die beim 4. Esslinger Gespräch 1971 von Mitgliedern gestartete Initiative „Kollege in der Klemme“, die auf Hilfe nicht bei finanzieller, sondern bei Rechercheklemme abzielte und in Vor-Internet-Zeiten gar nicht hoch genug zu schätzen war: In einer mehrfach aktualisierten und erweiterten Liste gaben Mitglieder ihre Spezialkenntnisse auf Gebieten an, die nicht zur Allgemeinbildung gehörten (so Otto Bayer „Kommiß-Jargon“ und „Verhaltensforschung“, oder Elmar Tophoven „Automobilindustrie“ und „Literatur frz-dt“). Man konnte also die Kollegin oder den Kollegen um Erläuterungen der Zusammenhänge oder die richtigen Fachtermini bitten, musste dazu allerdings einen Brief schreiben und das Rückporto beilegen. 1967 gab der VdÜ erstmals sein eigenes Übersetzerverzeichnis heraus, es war, wie auf der Mitgliederversammlung festgestellt wurde, gleich „ein bemerkenswerter Erfolg“ – und blieb bis heute das einzige Werbemittel der Literaturübersetzer (abgesehen vom persönlichen Internetauftritt, den heute viele haben). Eine andere Initiative waren die örtlichen „Stammtische“, bei denen man die Kolleginnen und Kollegen näher kennenlernen und mit ihnen diese Knacknuss oder jenen Verlagsärger besprechen konnte; der erste war schon 1965 in Stuttgart entstanden, München, Berlin und Hamburg folgten bald.

Die materiellen Rahmenbedingungen der Berufsausübung gerieten gleichwohl nicht aus dem Blick, im Gegenteil. Mit dem seit der Gründung verfolgten Vorhaben eines Mustervertrags wurde jetzt Ernst gemacht: 1970 stand im *Übersetzer* ein ausformulierter „Normvertrag des Verbandes deutschsprachiger Übersetzer“, in dem mit „WIR FORDERN“ überschriebenen Editorial schlug Braem kämpferische Töne an:

Wer sich einen Anzug schneidern lassen will, ist damit einverstanden, daß es der Schneider ist, der ihm einen Preis macht. Wer ein Manuskript drucken lassen will, bekommt vom Drucker einen Kostenvoranschlag. Wer beim Schreiner Bücherregale bestellt, hat nach der Lieferung die Rechnung zu begleichen. Ob Schreiner, Schneider oder Drucker, sie alle produzieren etwas, und niemand käme auch nur eine Sekunde auf den Gedanken, den Produzenten zu erklären: Gut, ich nehme die Ware, den Preis aber bestimme ich. Ist der Produzent jedoch ein Übersetzer, dann bestimmt der Kunde den Preis. Das ist eine Grotteske, die deutlich macht, weshalb mit den literarischen und geisteswissenschaftlichen Übersetzern ein neues Proletariat entstand.¹⁴

Gewerkschaft

Gleichzeitig kam eine substantiell neue Hoffnung auf: Am 8. Juni 1969 wurde – mit Beteiligung des VdÜ, Helmut M. Braem war einer der stellvertretenden Vorsitzenden – der Verband deutscher Schriftsteller (VS) gegründet. Beim Gründungskongress verkündete Heinrich Böll das „Ende der Bescheidenheit“, und der 1. Vorsitzende Dieter Lattmann erläuterte: „Die Konzeption ist gewerkschaftlich.“ Wenig später wurden Sondierungsgespräche mit der Gewerkschaft Kunst und

¹⁴ *Der Übersetzer* 8/1970.

der IG Druck und Papier geführt, mit dem Ziel des Zusammengehens. Die Gewerkschaft Kunst war wenig willens,¹⁵ doch die IG Druck und Papier, in der die Setzer und Drucker eine belebte Elite bildeten, zeigte Interesse. Auf dem 2. Schriftstellerkongress im Januar 1973 beschloss der VS mit 91 % Ja-Stimmen, dieser Gewerkschaft beizutreten. Dieser Beitritt, der zum 1. Januar 1974 in Kraft trat, war nicht bloßer Gewerkschaftsbegeisterung im Kontext der Nach-68er-Zeit geschuldet, es stand eine sehr konkrete Hoffnung dahinter. Im Bundestag wurde nämlich zu dieser Zeit um eine Novellierung des Tarifvertragsgesetzes gerungen, von der man hoffte, dass sie für „arbeitnehmerähnliche Personen“ die Tariffähigkeit bringen würde, und nun war man zuversichtlich, die Verleger kraft Gesetzes an den Verhandlungstisch zwingen zu können.

Der VdÜ brauchte nicht erst auf den Zug aufzuspringen, er fuhr von Anfang an mit, denn als „Fachgruppe Übersetzer“ mit dem Status eines „bundesweiten Landesverbandes“ gehörte er ja dem VS an; etwa zwei Drittel der VdÜ-Mitglieder waren außerdem als Schriftsteller auch individuell Mitglieder in einem VS-Landesverband. Es war also nur natürlich, dass sich im VdÜ ein analoger Entscheidungsprozess vollzog. Die Argumente, die Helmut M. Braem vorbrachte, trafen einen Nerv: Der Übersetzer als Tarifpartner, das sei das Ziel. Es gehe „nicht um Weltanschauungen, sondern allein um unser aller Selbstverständnis in der Gesellschaft, um die 'Einigkeit der Einzelgänger' [...], um gemeinsames Handeln mit den in der Reproduktion Tätigen; denn nur durch Solidarität lassen sich unsere Existenzbedingungen verändern“.¹⁶ Hinter der Formel vom gemeinsamen Handeln mit den in der Reproduktion Tätigen verbarg sich die unausgesprochene Hoffnung, Drucker und Setzer könnten zugunsten der Schriftsteller und Übersetzer Druck ausüben, vielleicht sogar mit Kampfmaßnahmen. Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, hatte auf der Delegiertenversammlung des VS im November 1971 solche Hoffnungen geweckt: „Es hätte [...] wenig Sinn, eine Gewerkschaft zu bilden, in der nur die geistig Schaffenden organisiert sind. Eine solche Gewerkschaft könnte ihren Mitgliedern gewisse soziale Hilfen bieten, sie wäre jedoch nicht imstande, mit Kampfmaßnahmen Existenzbedingungen zu verändern. Sinnvoll ist nur eine Gewerkschaft, die neben den schöpferisch Tätigen auch die in der Reproduktion, in der Technik Beschäftigten umfaßt und auf die solidarische Einheit dieser Gruppen abzielt.“¹⁷ Und so stand dann in einem Mitgliederwerbeprospekt, der Ende 1973 verschickt wurde: „Damit haben die Übersetzer erstmals – ab 1.1.1974 – rund hundertfünfzigtausend Gewerkschafter hinter sich und können hoffen, endlich die wichtigsten Forderungen durchzusetzen.“¹⁸

Die Übersetzer hatten sogar schon ein halbes Jahr vor den Schriftstellern, nämlich am 10. Juni 1972 auf der Mitgliederversammlung in München, bei einer Testabstimmung mit 42 gegen 3 Stimmen für den Gewerkschaftsbeitritt votiert. Der Gewerkschaft wurde ein zwölf Punkte umfassender Fragenkatalog vorgelegt und mit dem Hauptvorstand der IG Druck und Papier abgehandelt. Es sah alles gut aus: Die Gewerkschaft wollte den Rechtsschutz gewährleisten, den

¹⁵ Bericht von Helmut M. Braem, Protokoll der Mitgliederversammlung des VdÜ vom 10. Juni 1972. – Die beiden Gewerkschaften fusionierten 1989 zur IG Medien.

¹⁶ *Der Übersetzer* 1/1973.

¹⁷ Protokoll der Mitgliederversammlung des VdÜ vom 10. Juni 1972.

¹⁸ Privataarchiv Ragni Maria Geschwend.

Druck der Zeitschrift *Der Übersetzer* übernehmen, das Esslinger Gespräch bezuschussen und anderes mehr – das zwölfseitige Protokoll der Mitgliederversammlung informierte die VdÜ-Mitglieder genauestens über sämtliche Aspekte.

Anders als beim VS, der en bloc der IG Druck und Papier beitrug (der eingetragene Verein wurde am Ende desselben Jahres gelöscht), ging es bei den Übersetzern allerdings tröpfchenweise: die VdÜ-Mitglieder hatten der Gewerkschaft individuell beizutreten. Das hatten 126 der Aktivsten bereits getan, als am 6. April 1974 die neu geschaffene „Bundessparte Übersetzer im VS in der IG Druck und Papier“ im Stuttgarter Kronenhotel ihre erste Mitgliederversammlung abhielt (formal hatte sie sich schon am 1. Januar konstituiert). Ein organisatorisches Problem wurde gleich geregelt: Weil die Mitglieder, die in die Gewerkschaft eintraten, dem VdÜ e. V. keinen Mitgliedsbeitrag mehr schuldeten, eine Reihe von „gewerkschaftsfernen Tätigkeiten“ des VdÜ e. V. aber weitergehen sollten, beschloss man, dass die in die Gewerkschaft eingetretenen VdÜ-Mitglieder zusätzlich zu ihrem Gewerkschaftsbeitrag einen „Spartenbeitrag“ von 1,50 DM pro Monat entrichten sollten. Da die IG Druck und Papier ihn nicht selbst erhob, musste ihn die Übersetzersparte in Eigenregie einziehen, wozu sie auch schon bei der damals noch gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft ein eigenes Konto eröffnet hatte. Die Sache war für die IG Druck und Papier insofern ein Novum, als § 25 ihrer Satzung zwar den Berufsgruppen und Sparten erlaubte, eine Art Kaffeekasse zu unterhalten und dazu einen „freiwilligen Unkostenbeitrag zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zur Förderung des kollegialen Zusammenhalts“ zu erheben, was aber den Erfordernissen der neuen Übersetzersparte nicht genügte. Also änderte die Gewerkschaft den Satzungsparagraphen: das Wörtchen „freiwillig“ entfiel, der Passus vom kollegialen Zusammenhalt ebenfalls.¹⁹ Das war aber möglicherweise nicht pure Gefälligkeit seitens der Gewerkschaft: Sie hatte die vordem vom baden-württembergischen Kultusministerium getragenen Druckkosten für die Zeitschrift *Der Übersetzer* übernommen und bezuschusste das Esslinger Gespräch – beides nicht eigentliche Gewerkschaftsaufgaben. Was lag also näher, als von den in die Gewerkschaft eintretenden VdÜ-Mitgliedern eine zusätzliche Eigenleistung zu verlangen? Das Protokoll eines Gesprächs zwischen Vertretern des VdÜ und der Gewerkschaft, das am 29. Januar 1974, also vor der Gründungsversammlung der Übersetzersparte stattfand, legt nahe, dass der Spartenbeitrag auf Betreiben der Gewerkschaft eingeführt wurde.

Ein anderes Novum für die Gewerkschaft war die „anormale“ Form der Organisation der Übersetzersparte: Sie bestand nur bundesweit, und so etwas gab es in der IG Druck und Papier nicht, alle Fachgruppen waren sonst in Ortsvereine, Bezirke und Landesbezirke untergliedert. Aber man nahm dies als Provisorium hin und hoffte, so ein auf der Mitgliederversammlung 1964 anwesendes Mitglied des Hauptvorstands, auf eine Anpassung „nach einer längeren Laufzeit“.²⁰ Die Mitglieder der Übersetzersparte wurden also nicht in Landesbezirke eingegliedert, sondern direkt beim Hauptvorstand geführt, das Kassieren ihrer Gewerkschaftsbeiträge übernahm zunächst der Ortsverein Stuttgart, bald aber ebenfalls der Hauptvorstand. Ein weiteres organisatorisches

¹⁹ Satzung der IG Druck und Papier in den Fassungen von 1972 und 1975, ver.di-Archiv

²⁰ Protokoll der Mitgliederversammlung 6.4.1974.

Problem war die Geschäftsführung: Der VdÜ e. V. bestand ja weiter, zwei Drittel seiner Mitglieder waren noch nicht in die IG Druck und Papier eingetreten, der Verein brauchte also nach wie vor sein Büro, das sich bei Braem zu Hause in einem hinzugemieteten Dachzimmer befand. Die Geschäftsführung der Übersetzerpartei hingegen befand sich natürlich im Gewerkschaftsgebäude in Stuttgart. Doch auch dafür fand man eine Lösung: Ursula Brackmann, die bereits „geschäftsführende Schriftführerin“ des VdÜ e. v. war und drei Tage pro Woche bei Braem das Büro geführt hatte, wurde 1975 zur Geschäftsführerin des VS und damit auch der Übersetzerpartei ernannt, mit Büro im Gewerkschaftshaus Stuttgart. „Madeleine“, die ohnehin seit Jahren alles managte (das Esslinger Gespräch im Alleingang), bewältigte den Spagat mit Bravour, Effizienz und „Diplomatie“: „Es ist ziemlich viel gekungelt worden“, bekannte sie freimütig bei einem Gespräch.²¹ Das Kungeln lag nahe – im buchstäblichen Sinne: Die IG Druck und Papier residierte im Stuttgarter Gewerkschaftshaus, die Mitglieder des Hauptvorstands waren sozusagen Madeleines Bürokollegen.

Wofür sich – bis heute – keine organisatorisch saubere Lösung finden sollte, das war das Nebeneinander von VdÜ e. V. und Bundesspartei Übersetzer. Man konnte ja kein VdÜ-Mitglied zwingen, in die Gewerkschaft einzutreten. Ursprünglich dachte man wohl an eine Löschung des eingetragenen Vereins²², doch dann plädierten auch der Gewerkschaftshauptvorstand und der VS-Bundesvorstand dafür, ihn zu erhalten, „da dessen internationale Kontakte und auch sein Ansehen bei Ministerien, Bibliotheken, Universitätsinstituten für unsere Bundesspartei vorteilhaft sind“.²³ Außerdem konnte er im Ostblock wohnende Übersetzer aufnehmen, die keine Gewerkschaftsbeiträge überweisen konnten. (Später, als im Zuge der Geldwäschebekämpfung die Bankvorschriften verschärft wurden und die juristisch freischwebende Bundesspartei Übersetzer kein Bankkonto mehr besitzen konnte, musste der VdÜ e. V. auch die Rolle des Kontoinhabers übernehmen.)

Noch für längere Zeit war der VdÜ e. V. auch Verbandsheimat für jene VdÜ-Mitglieder, die vor dem Gewerkschaftseintritt zurückschreckten. Das waren nicht wenige: 1978 hatten etwa 130 von ihnen, 1982 noch 115 den Schritt nicht getan.²⁴ Vor allem Ältere scheinen nicht willens gewesen zu sein. Einigen widerstrebte vielleicht der „Stallgeruch“, viele hatten aber auch, wie eine Zeitzeugin berichtete, eine tiefsitzende Abneigung gegen Massenorganisationen, zumal wenn sie noch die NS-Zeit erlebt hatten. Man behalf sich damit, dass man aus dem Nebeneinander zweier Organisationen ein Miteinander machte: Schon bei der konstituierenden Versammlung der Bundesspartei Übersetzer im April 1974 waren die nicht in die Gewerkschaft eingetretenen Mitglieder als „Hospitanten“ dabei, in den Jahren danach hielt man beide Mitgliederversammlungen „synchron“ ab, seit 1982 wird zur „gemeinsamen“ Mitgliederversammlung von VdÜ e. V. und Bundesspartei Übersetzer eingeladen. Die Vorstandsmit-

²¹ Schriftstellerhaus Stuttgart, 24.10.2012.

²² So heißt es in einer Aktennotiz über ein Gespräch mit Gewerkschaftsvertretern am 17.11.1973: „VdÜ e. V. nicht vor Ende 1974 auflösen“ (ver.di-Archiv bei der Friedrich Ebert Stiftung).

²³ Protokoll der Mitgliederversammlung der Bundesspartei Übersetzer 1975.

²⁴ Protokolle der Mitgliederversammlungen 1978 und 1982.

glieder amtierten in Personalunion in beiden Organisationen, die Einnahmen aus VdÜ-Vereinsbeiträgen und „Spartenbeiträgen“ wurden zwar im Kassenbericht getrennt ausgewiesen, wanderten aber in ein und denselben Topf, aus dem die anfallenden Ausgaben unterschiedslos bestritten wurden.

Ganz so idyllisch war das Miteinander freilich nicht: Man akzeptierte den eingetragenen Verein als „Sammelbecken“ von Gewerkschaftsunwilligen und im Ausland Lebenden, und die „reinen VdÜ-Mitglieder“ wurden quasi als Auslaufmodell mitgeführt. Man übte allerdings einen gewissen Druck auf sie aus, indem man kräftig ihren Vereinsbeitrag erhöhte: vor der Bildung der Bundessparte Übersetzer hatte er noch 52 DM betragen, 1974 wurde er gleich auf 80 DM hochgesetzt, 1980 und 1983 jeweils um weitere 20 DM pro Jahr angehoben. Und vor allem nahm man (von „Ausländern“ abgesehen) keine Neumitglieder in den e. V. auf, von den Eintrittswilligen erwartete man ganz selbstverständlich, dass sie der Gewerkschaft beitraten. Das Bild, das sich aus den Mitgliederversammlungsprotokollen ergibt, dürfte auch insofern verzerrt sein, als die Aktivisten im Verband fast ausnahmslos den Schritt in die Gewerkschaft getan hatten – und es waren zur Hauptsache sie, die zu den Mitgliederversammlungen anreisten und die Geschicke des Verbandes bestimmten.

Gleichwohl: Man blieb *ein* Verband, und alle zogen am gleichen Strang. Selbst der 1970 gewählte Vorstand blieb nach dem Gewerkschaftsanschluss im Amt. Erst 1976 wurde neu gewählt: Helmut M. Braem kandidierte zum Bedauern aller nicht mehr (blieb aber Beisitzer), Klaus Birkenhauer trat an seine Stelle. Beim Stellvertreter wurde von der Personalunion abgewichen, vermutlich weil man „Prominenz“ benötigte: Der renommierte Beckett-Übersetzer Elmar Tophoven, der 1970 zum Vizepräsidenten des VdÜ e. V. gewählt worden war, blieb im Amt, stellvertretender Vorsitzender der Bundessparte Übersetzer wurde Helmut Scheffel. Otto Bayer, schon seit 1970 Kassenwart, wurde wiedergewählt. Anstelle von Ursula Brackmann, die inzwischen Geschäftsführerin war, wurde Hans Hermann Schriftführer. Dieser Vorstand, der in der VdÜ-Geschichte schon durch seine Langlebigkeit zur Legende werden sollte, läutete eine neue Ära ein.

Man war guten Mutes und nahm fleißig Projekte in Angriff: Das Übersetzer-Verzeichnis erhielt ein professionelleres Konzept, der Honorarspiegel wurde erneuert und verbessert und die Initiative „Kollegen in der Klemme“ erweitert, man half der Zahlungsmoral der Mitglieder mit Mahnaktionen auf, veranstaltete am Nachmittag der Mitgliederversammlung ein „Kummerkolloquium“, bei dem Vorstandsmitglieder und Justiziar Fragen der Mitglieder beantworteten. Was allerdings die große Hoffnung auf einen Tarifvertrag mit den Verlegern betraf, so hieß es erst einmal warten. Zwar war der neue § 12a des Tarifvertragsgesetzes, der auch „arbeitnehmerähnlichen Personen“ die Tariffähigkeit zusprach, am 1. November 1974 tatsächlich in Kraft getreten, und 1975 kam es zu ersten Gesprächen zwischen dem VS und dem Verlegerausschuss des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels. Doch die Verleger sperrten sich. Über Zahlen wollten sie grundsätzlich nicht reden, im übrigen erklärten sie sich für nicht tariffähig. Lediglich für die „festen Freien“ bei Print- und Funkmedien kam es zu Abschlüssen, die Schriftsteller und die Übersetzer hingegen wurden endlos

hingehalten. Selbst um gemeinsame „Hinweise für den Abschluß von Verlagsverträgen“ musste zäh gerungen werden, und der „Normvertrag“, den der VdÜ erstmals 1956 und dann wieder 1970 präsentiert hatte, war, als er nach zahllosen Verhandlungsrunden am 1. Juli 1982 endlich in Kraft trat, mitnichten der ersehnte Tarifvertrag mit bindenden Mindesthonoraren. Nicht nur legte er keine „Tarife“ fest, er war auch für die Verleger überhaupt nicht verbindlich, sondern eine bloße Empfehlung: „Die Vertragschließenden verpflichten sich, darauf hinzuwirken, daß ihre Mitglieder nicht ohne triftigen Grund zu Lasten des Übersetzers von diesem Normvertrag abweichen“, heißt es in der Präambel. Wie die Honorarumfragen zeigten, wurde er auch nur wenig angewandt: 1984 zu 18 %, 1985 zu 6 %, bei den nachfolgenden Erhebungen wurde gar nicht mehr danach gefragt. Im *Übersetzer* kommentierte Klaus Birkenhauer bitter: „Was also bleibt? Die 'Festschreibung guter Sitten', wie auch wir (die Verhandelnden) zähneknirschend sprachregelten. Wobei schon vieles von dem, was da 'festgeschrieben' wurde (manche Verlage tun's, manche nicht) oft aller guten Sitten spottet.“²⁵

Ein neues Toledo in niederrheinischen Straelen

Auf der Mitgliederversammlung 1976 berichtete Elmar Tophoven erstmals über ein Projekt „Europäisches Übersetzerkolleg“. Virtuell hatte es bereits Gestalt angenommen in Form einer „Solidaritätsprobe“: 21 Übersetzer hatten in gemeinsamer Arbeit einen Erzählungsband herausgebracht – auf Audiokassetten. Schon seit Beginn der 1970er Jahre hatte Tophoven den Traum eines „Toledo II“ gehegt, wo Übersetzer in Klausur gemeinsam an einem Projekt arbeiten oder sich intensiv über ihre laufende Arbeit austauschen würden, 1974 war er sogar ins spanische Toledo gepilgert, seitdem warb er unermüdlich für die Idee. Und sie zündete! Elmar Tophoven konnte die Honoratioren und die Sparkasse seiner Heimatstadt Straelen dafür gewinnen, ein aus fünf ehemaligen Wohngebäuden (darunter sein Elternhaus) bestehendes, denkmalgeschütztes Häusergeviert zu sanieren und zum Übersetzer-Kollegium umzubauen. Klaus Birkenhauer engagierte sich mit seiner organisatorischen Verve bei der konkreten Umsetzung und beim Ringen um die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln und Stiftungsgeldern. Und die Übersetzer selbst standen schon vor der Tür, bevor das Kollegium materiell existierte. Am 10. Januar 1978 hatte sich der gemeinnützige Trägerverein „Europäisches Übersetzer-Kollegium in Straelen e.V.“ konstituiert, und im November desselben Jahres gab es ein fünftägiges Arbeitstreffen mit Übersetzern und Autoren aus Deutschland, Frankreich und den Niederlanden. Im Jahr darauf folgten Übersetzerwerkstätten für Niederländisch, Französisch und Schwedisch. Als 1980 ein Provisorium, 1985 schließlich das jetzige Haus bezogen werden konnte (davor logierte man in Hotelzimmern), ging es rasant voran: Mitte 1986 zählte man bereits knapp neunzig Übersetzerwerkstätten und elfhundert Übersetzeraufenthalte, an die fünfzig Sprachen waren vertreten.²⁶ Bald kamen einwöchige Fortbildungs- und Berufskundeseminare hinzu, die Bertelsmann-Stiftung hatte die

²⁵ „Eins vor, x zurück, eins vor“, Nummer 11/12 1983

²⁶ EÜK, „Arbeits-Chronik 1978–1986“, Stand 26.5.1986.

Förderung übernommen. Um gemeinsam erarbeitete Glossare und Lyrik-Übersetzungen herausbringen zu können, wurde Ende 1983 – zunächst als Kommanditgesellschaft von Übersetzern, was sich leider nicht halten ließ – sogar ein Verlag gegründet: der Straelener Manuskripte Verlag. Und von Anfang an standen, damals eine aufsehenerregende Neuerung, Textverarbeitungscomputer zur Verfügung.

„Du musst unbedingt mal nach Straelen kommen“, so hieß es wieder und wieder unter Kolleginnen und Kollegen. Der Beitrag, den das „EÜK“ zum „Zusammenschluss der Einzelkämpfer“ (so charakterisierten Mitglieder bei einer Gesprächsrunde diese Ära des Verbandes) geleistet hat, kann wohl gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das Kollegium intensivierte in hohem Grade, was mit dem Esslinger Gespräch begonnen worden war. Freilich: obwohl es formal keine Verbandsaktivität war – der Trägerverein war von Anfang an vollkommen autonom, der Übersetzerverband hat bis heute nichts hineinzuregieren – absorbierte es einen erheblichen Teil der Energien, zumal beim Vorsitzenden Klaus Birkenhauer, der neben der „Straelener Hausmeister-, Bibliothekars-, Tippsen-, Tagungsmanager- und Mehr-Geld-Beschaffer-Arbeit“²⁷ auch die Schlussredaktion und Satzvorbereitung der Zeitschrift *Der Übersetzer* besorgte (weshalb diese, obwohl seit 1981 in Doppelnummern ausgeliefert, mit immer größerer Verspätung erschien), das Übersetzerverzeichnis organisierte und überdies mit dem Verlegerausschuss über den Normvertrag verhandelte. In den Folgejahren wurde die Arbeit besser verteilt: Rosemarie Tietze half bei der Herstellung des *Übersetzer* (1984 übernahm sie für lange Jahre die Redaktion), die Honorarumfrage wurde von Otto Bayer organisiert und ausgewertet. 1985 wurde Ursula Brackmann zur stellvertretenden Vorsitzenden der Bundessparte Übersetzer gewählt; nachdem sie ihre Stelle als VS-Geschäftsführerin gekündigt hatte, besorgte sie als „geschäftsführendes Vorstandsmitglied“²⁸ die Geschäftsführung der Übersetzersparte ehrenamtlich von zu Hause aus.

Ein 1985 ausgebrochener Konflikt im Kollegium Straelen ließ, wenn nicht eine Spaltung, so doch einen Riss im Verband befürchten: Ideengeber Elmar Tophoven und Organisator Klaus Birkenhauer hatten als Gespann schon länger nicht gut harmonisiert, weil sie unterschiedliche Ansätze verfolgten: Tophoven war der Visionär, dem es auf methodisches Arbeiten ankam, Birkenhauer der Organisator, der auf Praktikabilität bedacht war. Die Spannungen eskalierten, als Tophoven bei der feierlichen Eröffnung des neuen Hauses in seiner Rede Birkenhauers Mitwirkung übergang und ihn zudem als Geschäftsführer entlassen haben wollte. Beide hatten ihre Bewunderer im Verband, und es gab herbe Verletzungen beiderseits. Das erstaunliche aber war: Obwohl die Gefahr anfänglich durchaus bestand, kam es nicht zu Grabenkämpfen, weil Mitglieder beiderseits der Trennlinie miteinander das Gespräch suchten.²⁹ Es brauchte zwar ziemlich lange Zeit, bis die im Verband geschlagenen Wunden verheilt waren (bei den unmittelbar Beteiligten heilten sie nicht mehr), aber es blieb kein dauerhafter Riss. Das abschreckende Beispiel, das zur selben Zeit der VS mit einer verheerenden Schlammschlacht bot, mag dazu beigetragen haben, bestimmt aber auch der

²⁷ *Der Übersetzer* 8/9-1980.

²⁸ Protokoll der Mitgliederversammlung 1986 in Hamburg.

²⁹ Es geschah nicht öffentlich, aber ich war selbst mehrfach Zeuge.

Respekt vor den nie bestrittenen Verdiensten beider Protagonisten – und vielleicht auch einfach das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das in diesen Jahren besonders stark zu spüren war.

... der sinnt auf Kampfmaßnahmen

Die Mitgliederversammlung 1988 in Freiburg – erstmals mit Rahmenprogramm und Pressekonferenz, die Medien berichteten sogar – war laut einem Rundbrief „selten gut besucht und lebhaft“. Im Protokoll ist zu lesen: „Über eine Anfrage nach neuerlichen Tarifverhandlungen zwischen Übersetzern und Verlegern entwickelt sich eine lebhaft und engagierte bis kämpferische Diskussion.“ Der Verlegerausschuss des Börsenvereins hatte wieder einmal erklärt, seine Verhandlungskommission habe kein Mandat mehr für Verhandlungen über Regelhonorare, überdies sei der Börsenverein kein Arbeitgeberverband. Bei den Mitgliedern brodelte es, ablesbar an der Menge und Vielfalt der Vorschläge, wie man durch politischen Druck einen Sinneswandel bei den Verlegern herbeiführen könnte; vom Vorstand wurde verlangt, dass er bei der Gewerkschaft auf neuerliche Tarifverhandlungen poche. Am Normvertrag wurde harsche Kritik geübt.

Im Jahr darauf war dieser Normvertrag prompt gekündigt, eine inzwischen gebildete Übersetzer-Tarifkommission, in der auch Nicht-Vorstandsmitglieder saßen, hatte eine gestraffte Version erarbeitet und eine Reihe von Bestimmungen und Optionen getilgt, die im Zweifelsfall für den Übersetzer von Nachteil waren; der Entwurf lag dem Verlegerausschuss des Börsenvereins bereits vor. Die Vorschläge, wie man Druck machen könnte, wurden kreativer. So hatte Otto Bayer dazu aufgerufen, ihm Berichte über „besonders schmäbliche Behandlung“ durch Verlage zu schicken, und er hatte diese Berichte in einen bitterbösen Text mit dem Titel „Schindmähren der Kultur“ gegossen, der erst im *Übersetzer*, dann nochmals zugespitzt in der VS-Zeitschrift *Die Feder* erschien. Sein Fazit: Die Übersetzer seien nicht, wie Puschkin gesagt habe, „die Postpferde der Bildung“, sondern „die Schindmähren der Kultur“. In der zugespitzten Version folgte auf diesen Schluss ein Nachsatz: „Pferden gibt man Hafer. Uns Schindmähren der Kultur zieht man nur das Fell ab. Bei lebendigem Leib und ohne die Spur eines schlechten Gewissens. Und wer da noch immer nicht resigniert, der sinnt auf Kampfmaßnahmen. Auch wenn es keine legalen gibt.“³⁰ Das Pamphlet steckte – neben dem eingangs zitierten Text von Reich-Ranicki, dem neuen Normvertragsentwurf und zwei weiteren zornig-ironischen Texten – in der Pressemappe, die bei einer Pressekonferenz auf der Frankfurter Buchmesse 1989 präsentiert wurde. Auf der Buchmesse wurde auch eine „positive“ Aktion versucht: Man trug und verteilte Blechbuttons mit der Aufschrift „Übersetzer unersetzlich“. Die Pressekonferenz war gut besucht, das Echo in den Medien erfreulich. Im Jahr darauf, als der Polnisch-Übersetzer Karl Dedecius den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, gratulierten die Übersetzer dem Kollegen auf der Buchmesse mit einem großen Transparent und gaben gleichzeitig eine Presseerklärung heraus: „Übersetzer hören es mit Freuden, wenn ihnen (so in der Preisbegründung) bestätigt wird, ohne ihre Arbeit seien ,Verstehen,

³⁰ *Der Übersetzer*, Sondernummer zur Frankfurter Buchmesse 1989, und *Die Feder* 9/1989.

Verständigung und Frieden unter den Völkern nicht möglich'. Und dann lesen wir mit noch größerer Freude, der Preis solle nicht nur Karl Dedecius ehren (was er wahrhaftig verdient hat), sondern ‚zugleich die Übersetzer als Anreger, Vermittler und Partner des literarischen Austauschs‘.“ Diese weihevollen Worte wurden jedoch den Verlegern in der Presseerklärung als „Alibi-Geschwätz“ um die Ohren gehauen.

Auf der Mitgliederversammlung im Frühjahr desselben Jahres hatte ein Mitglied vorgeschlagen, „ein Übersetzer-Schwein des Jahres zu küren und im Übersetzer zu porträtieren: den Verlag, der seine Übersetzer am schlechtesten behandelt.“ Ein Antrag verlangte vom Vorstand, er solle mit dem Gewerkschaftsvorstand abklären, „wieweit die Gewerkschaft im Falle arbeitskampffählicher Maßnahmen der Übersetzer eine finanzielle Rückendeckung zu geben bereit ist“; der Antrag wurde ohne Gegenstimme angenommen. Mit der „Straffung“ des Normvertrags kam man jetzt zügig voran: Im Sommer 1990 war, wie das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 9. März 1991 vermerkt, die Verhandlungsbereitschaft der Verleger „erstaunlich“ gewesen, am 1. Juli 1992 trat die neue Version in Kraft.

Regiewechsel

Auf der Mitgliederversammlung 1990 hatten Klaus Birkenhauer, Ursula Brackmann und Otto Bayer – die „drei großen B.s“ – angekündigt, bei den im nächsten Jahr anstehenden Wahlen nicht mehr zu kandidieren. Otto Bayer hatte geschlagene 20 Dienstjahre als Schatzmeister hinter sich, Klaus Birkenhauer war auch schon 14 Jahre lang Vorsitzender, und Ursula Brackmann war im Grunde seit 1964, als Helmut M. Braem Präsident wurde und sie ihm die Sekretariatsarbeit abnahm, das organisatorische Faktotum des Verbandes gewesen und mittlerweile zur verehrten, beeindruckenden, die Jüngeren fast einschüchternden „Verbandsmutter“ geworden. Bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im September 1990 meldeten sich Willige für alle Ämter – außer für den Vorsitz. Kurz vor der Wahlversammlung im Frühjahr 1991 (sie war so gut besucht wie nie zuvor) gelang es, Burkhard Kroeber zur Kandidatur zu überreden. Als Übersetzer von Umberto Eco's Weltbestseller *Der Name der Rose* war er bekannt wie kaum je ein Übersetzer zuvor und deshalb der Wunschkandidat. Mit ihm wurden drei bisherige und drei neue Vorstandsmitglieder gewählt, die Kontinuität war also gewährleistet. Das neue Team stand für eine Übersetzergeneration, die nicht mehr zum engen Kreis der schon vor dem Gewerkschaftsanschluss Eingetretenen gehörte; diese „Altgedienten“ empfanden den Vorstandswechsel bei einer Rückschau auch deutlich als „Schnitt“: Er bezeichnete für sie das Ende einer über zwei Jahrzehnte währenden Ära, in der quasi Einmütigkeit und freundschaftliche Solidarität das Verbandsleben geprägt hatten.³¹ Doch die Mitgliedschaft hatte sich inzwischen gewandelt. Ihre Zahl war, vermutlich weil die Neuaufnahmen lediglich die Abgänge wettmachten, absolut nur wenig gewachsen (etwa 420 Mitglieder, wie schon zehn Jahre zuvor)³², doch an den Anträgen und

³¹ So die einhellige Meinung bei einer Gesprächsrunde im Oktober 2012.

³² Das MV-Protokoll 1982 gibt 428 Mitglieder an (einschließlich der 115 „reinen“ VdÜ-Mitglieder), das Protokoll 1992 „etwa 400“.

Debatten der Mitgliederversammlungen war deutlich erkennbar, wie stark sich der Verband verjüngt hatte.

Es fand auch, ohne dass er einem „Programm“ entsprochen hätte, ein perspektivischer Wandel der Verbandspolitik statt. Ein vom VS-Justiziar Wolfgang Schimmel erstelltes Gutachten war Ende 1991 zum Ergebnis gelangt, dass es aussichtslos sei, vom Gesetzgeber die Tariffähigkeit der Übersetzer zu erwarten. Die Hoffnungen, die man seit dem Gewerkschaftsbeitritt 1974 auf regelrechte Tarifverhandlungen gesetzt hatte, waren zunichte, man musste andere Wege suchen. Schimmel selbst schlug die Bildung einer „Mittelstandsvereinigung“ vor, die das erlaubte, was das Kartellgesetz dem Verband verbot, nämlich Honorarempfehlungen. Ein anderer Vorschlag inspirierte sich an dem damals noch in den Stromrechnungen auf jedes verbrauchte Kilowatt aufgeschlagenen Kohlepennig: auf jedes verkaufte Buch solle ein geringer Betrag aufgeschlagen werden, der alle Mitnahmeeffekte bei der Kalkulation unbeschadet überstehen und ausschließlich den Übersetzerhonoraren zugute kommen würde.³³ Ein neuer Wind wehte aber schließlich von woanders her: Burkhard Kroeber hatte von Anfang an auf eine aggressivere Öffentlichkeitsarbeit gesetzt, und Ende 1992 hatte er einen regelrechten Mediensturm entfacht, indem er sich zum Sprecher einer Handvoll Kolleginnen und Kollegen machte, die in einem offenen Brief eine in den Feuilletons hochgelobte Bestsellerübersetzung als allen übersetzerischen Standards Hohn sprechendes Machwerk kritisierten. „Die Elf“ – und mit ihnen die Übersetzerzunft – hatten zunächst fast die ganze Presse gegen sich, doch dann wendete sich allmählich das Blatt, und schließlich entstand in einer breiteren Öffentlichkeit denn je eine Aufmerksamkeit für die Arbeit der Literaturübersetzer, wie man sie noch nicht erlebt hatte.³⁴

Die Elf hatten ein Tabu gebrochen und „Kollegenschelte“ geübt, doch es wirkte sich positiv aus, auch die Mitgliederzahl schnellte nach oben, 1993 lag sie schon bei knapp 600. Die aus der ehemaligen DDR hinzukommenden Kolleginnen und Kollegen (von denen man zunächst befürchtet hatte, dass sie aus Unkenntnis oder schierer Not die Honorare unterlaufen würden, was sich aber nicht bewahrheitete) hatten ihren Anteil daran, doch nur knapp zur Hälfte. Der Trend sollte sich ungebremst fortsetzen: 1999 wird der Verband 811 Mitglieder zählen, doppelt so viele wie 1990.

Suche nach neuen Wegen

Die von Burkhard Kroeber mit Verve betriebene Öffentlichkeitsarbeit – es gab nun immer öfter Berichte und ganze Interviewserien, auch in großen Zeitungen – hatte ihr Pendant bei Aktionen im Inneren: Die örtlichen „Übersetzerstammtische“, inzwischen ein Dutzend in ganz Deutschland, wandelten sich zunehmend zu Fortbildungsabenden und Foren mit öffentlichen Lesungen, die Treffen verlagerten sich von Gaststätten in die Literaturhäuser. Eine Übersetzervertragskartei mit dem Namen KNÜLL, vom Frankfurter Stammtisch gegründet und betrieben, sammelte

³³ J. Winiger, „Der unerträgliche Anachronismus der Übersetzerhonorierung“, in: *Publizistik & Kunst. Zeitschrift der IG Medien*, Nr. 5, Mai 1990, außerdem in der VdÜ-Pressemappe zur Buchmesse 1989 – Der Vorschlag wurde von Burkhard Kroeber in der FAZ vom 19.3.2003 aufgegriffen („Vorschlag zur Öffnung der Sackgasse“).

³⁴ Ein detaillierter Bericht von B. Kroeber folgt unten, S. [69–80].

Informationen über Vertragsabschlüsse und Erfahrungen mit Verlagen, die Mitglieder konnten sich also über die Konditionen informieren, die von Kollegen bereits ausgehandelt worden waren. Als Mitte der 1990er ein kälterer Wind zu wehen begann, die Aufträge zurückgingen, mehr und mehr Verlage die Bedingungen zu drücken versuchten, auch Institutionen ihre Fördermittel und Preisgelder kürzten, entzündeten sich bei den Mitgliederversammlungen zusehends vehementere Diskussionen, wenn – wie ab Mitte der 1990er Jahre regelmäßig jedes Jahr – über die wirtschaftliche Lage und die Arbeitsbedingungen der Übersetzer debattiert wurde. Es häuften sich Vorschläge und Anträge, die grundlegende Veränderungen forderten. 1995 beantragten Mitglieder die Einrichtung einer „Kommission Phoenix“, die „nach neuen Ansätzen zur grundlegenden Veränderung der Lage der Literaturübersetzer“ suchen sollte. Sie erhielt den Segen der Mitgliederversammlung, sogar Gewerkschaftsmittel, und endete dennoch kläglich: die erdachten Ansätze hatten sich als utopisch erwiesen.³⁵ 1998 überschüttete eine Münchner Regionalgruppe die Mitgliederversammlung mit einer wahren Flut von Anträgen, die vom Vorstand so ziemlich alles forderten, was sich ausdenken ließ; die schiere Ratlosigkeit der Versammlung, wie mit den Maximalforderungen umzugehen sei, mündete in den Beschluss, künftig eine Antragskommission einzusetzen. Offene Kritik am Vorstand wurde sonst nie geübt, an der Gewerkschaft hingegen mehrfach, nicht nur des unzuverlässig funktionierenden Rechtsschutzes wegen, sondern auch, weil man von ihr dringend erwartete, dass sie Druck auf Verlage ausübte. In einem Antrag von 1995 hieß es, man sei „äußerst aufgebracht“, dass dieser Druck ausblieb, und in ungewöhnlich energischer Form forderte man den Hauptvorstand auf, endlich für die Übersetzer tätig zu werden.

Nach außen hatte bereits 1994 eine Briefaktion mit einer Vielzahl von Unterschriften gegen eine Deckelung der Erfolgsbeteiligung beim Diogenes Verlag protestiert. 1996 folgte ein offener Brief an die Verlage Piper, Suhrkamp und Wagenbach, der hohe Wellen schlug. Die 136 zumeist namhaften Übersetzerinnen und Übersetzer, die ihn unterzeichneten, gingen dabei ein nicht unbeträchtliches Risiko ein, denn sie versicherten, nicht mehr für diese Verlage arbeiten zu wollen, solange deren Übersetzungsverträge Klauseln enthielten, die in eklatanter Weise gegen den Normvertrag verstießen. Die angeprangerten Verlage gaben schließlich klein bei, indem sie die beanstandeten Klauseln aus den Verträgen nahmen. Die Medien hatten erst zögerlich, dann immer breiter über die Aktion berichtet, es war das erste Mal, dass eine Protestaktion gegen Verlage ein öffentliches Echo fand.³⁶

Sehr hohe Wellen – bis nach Frankreich, England, Italien, die internationalen Verbände FIT und CEATL verabschiedeten Resolutionen – schlug 1999 die Causa der Italienischübersetzerin Karin Krieger: Sie hatte für den Piper Verlag einen Roman von Alessandro Baricco übersetzt, der unerwartet zum Bestseller wurde. Der Bestsellerparagraf des Urheberrechtsgesetzes sprach in einem solchen Fall der Übersetzerin eine Erfolgsbeteiligung zu, und Karin Krieger berief sich auf dieses Recht. Man einigte sich zunächst außergerichtlich, doch dann nahm Piper das Buch vom Markt und legte es in einer anderen Übersetzung auf; mit den vier anderen von Karin Krieger

³⁵ Ich war selbst Initiator des Antrags.

³⁶ Einen ausführlichen Bericht über die Aktion gab B. Kroeber in *Kunst&Kultur* 2/1997.

übersetzten Büchern des Autors wollte er ebenso verfahren. Anders als noch wenige Jahre zuvor bei der Lemprière-Affäre fand der Verlag in den Medien keine Fürsprecher, die öffentliche Empörung war einhellig – und bescherte den Literaturübersetzern wieder neue Aufmerksamkeit für ihre Arbeit. So widmete die *Süddeutsche Zeitung* Karin Krieger die renommierte „Seite Drei“ ihrer Osterausgabe – so etwas hatte es seit den 1970er Jahren, als das *Börsenblatt* eine lange Reihe von Übersetzerporträts brachte, kaum mehr gegeben.

Diese öffentlichen Aktionen zählten, auch wenn sie von Vorstandsmitgliedern initiiert wurden, strenggenommen nicht zu den Verbandsaktivitäten, die *Lemprière*-Affäre war sogar, darauf legte Burkhart Kroeber Wert, die „Privatsache der Elf“ gewesen. Aber die Aktivisten waren fast ausnahmslos Verbandsmitglieder, und die entfalteten Energien speisten sich wesentlich aus dem kollegialen Zusammenhalt. Dasselbe gilt für zwei folgenreiche Initiativen, über die auf der Mitgliederversammlung 1996 berichtet wurde: Am 26. April hatte, von Berliner Kolleginnen und Kollegen initiiert und organisiert, im Literarischen Colloquium Berlin (LCB) ein Symposium „Kirschen in Nachbars Garten – Übersetzen hier und anderswo“ stattgefunden. Am Vormittag berichteten Übersetzerinnen und Übersetzer aus Frankreich, Schweden, Norwegen und den Niederlanden über die Situation der Übersetzer in ihren Ländern und die bei ihnen funktionierenden Modelle der Übersetzerförderung. Am Nachmittag gab es eine Veranstaltung mit bekannten Verlegern und Verlagsleitern, bei der über eine vertraglich gesicherte Verkaufsbeteiligung für die Übersetzer gesprochen wurde.³⁷ Ebenfalls im LCB hatte kurz zuvor, vom 1. bis 3. März, eine andere Tagung unter dem Motto „Neue Wege der Übersetzerförderung“ wirklich neue Wege eröffnet. Rosemarie „Mascha“ Tietze hatte sie zustande gebracht, Veranstalter war der „Freundeskreis“, dessen Präsidentin sie seit 1994 war. Eingeladen waren: die Literaturreferenten der Bundesministerien und der Bundesländer, die Kulturstiftung der Länder, der Deutsche Literaturfonds, das Europäische Übersetzerkollegium, das Goethe-Institut, die VG Wort, der Literatur-Rat NRW, die Stiftung Kulturfonds, der Börsenverein, der VS und Vertreter der Bundessparte Übersetzer. Und alle waren der Einladung gefolgt! Die lebhaften und erstaunlich interessierten Diskussionen brachten tatsächlich einen Durchbruch: Man war sich einig, dass etwas geschehen müsse, und beschloss, ein zweites Mal zusammenzukommen. Auf der Folgekonferenz im Januar 1997 – inzwischen lag ein von einer Übersetzer-Arbeitsgruppe erarbeiteter Zehn-Punkte-Katalog vor – wurde ein Memorandum „Neue Wege der Übersetzerförderung“ beraten und verabschiedet, das auf der Leipziger Buchmesse bei einer Pressekonferenz vorgestellt werden und dann an die Landtage, den Bundestag und die Parteien gehen sollte.³⁸ Im März besuchte der damalige Bundespräsident Roman Herzog das EÜK Straelen, und Rosemarie Tietze nutzte die Gelegenheit, ihm vom Projekt eines „Deutschen Übersetzerfonds“ zu berichten – und ihn auch gleich zur Verleihung des Christoph-Martin-Wieland-Preises im November desselben Jahres

³⁷ Ausführlicher Bericht in *Übersetzen 2-1997*, S. 8–15.

³⁸ Text des Memorandums: Rosemarie Tietze und Burkhart Kroeber, "Neue Wege der Übersetzerförderung", in: Imre Török, *VS-HANDBUCH. Ein Ratgeber für Autorinnen und Autoren, Übersetzerinnen und Übersetzer*, Steidl, Göttingen 1999, S. 318-326

einzuladen. Roman Herzog nahm die Einladung an, und in seiner Gegenwart gab Rosemarie Tietze auf der Feier in Biberach die am 12. September erfolgte Gründung des Deutschen Übersetzerfonds bekannt. Im Frühjahr 1998 verfügte der Fonds bereits über knapp 150.00 DM aus öffentlicher Hand (zur Hauptsache aus „Restmitteln“ des Bundesinnenministeriums), mit denen er im August erstmals Arbeits- und Reisestipendien ausschreiben konnte. Diese seit 1999 zweimal im Jahr ausgeschriebenen Stipendien entschärften das uralte Problem, dass anspruchsvolle Übersetzungen nur geringfügig besser bezahlt sind als leichtere, jedoch ein Mehrfaches an Arbeitsaufwand erfordern. Und mit der (mangels materiell existierender Räumlichkeiten als „virtuell“ apostrophierten) „Akademie der Übersetzungskunst“ machte der Übersetzerfonds einen alten Traum wahr, indem er als verlässlicher und wohltuend unbürokratischer Förderer von Übersetzerseminaren und Werkstattgesprächen auftrat.

„Wir sind wer – wir tun was“

Bei den damals noch in dreijährigem Turnus stattfindenden Vorstandswahlen hatte es 1994 keine Veränderungen gegeben. 1997 kandidierte Burkhard Kroeber nicht mehr für den Vorsitz (blieb aber Beisitzer), an seiner Stelle führte nun mit der bisherigen Schriftführerin Helga Pfetsch erstmals eine Frau den Verband. Obwohl auch die anderen Ämter neu besetzt wurden, war es ein fließender Übergang, gleichsam eine Stabübergabe an frische Kräfte. Die in den vorausgehenden Jahren entwickelte Dynamik verstärkte sich, und man modernisierte kräftig: Die Verbandszeitschrift *Der Übersetzer* wurde geschlechtsneutral in *Übersetzen* umbenannt, das Übersetzerverzeichnis erhielt von Regine Elsässer eine professionelle Aufmachung und einen Service-Teil, der neue Schatzmeister Thomas Brovot ließ eine Kassen- und Beitragsverwaltung programmieren, die es erlaubte, die Zahlungsmoral der Mitglieder mit gezielten Mahnaktionen zu heben, und außerdem den Verband nach langer Zeit wieder mit einer verlässlichen Mitgliederliste versah; der Spartenbeitrag selbst wurde 1998 von 20 auf 30 DM, und 2001 auf 18 Euro erhöht, um die Ausweitung der Aktivitäten finanzieren zu können. Der Verband gab sich eine eigene Pressestelle und hielt nunmehr auf der Frankfurter Buchmesse eine eigene Pressekonferenz ab. Selbst die Zeitschrift *Übersetzen*, deren Redakteurinnen in der Vergangenheit immer wieder um Beiträge betteln mussten, erhielt jetzt vermehrt Artikel aus der Mitgliedschaft. Die Zahl der Mitglieder stieg weiter kräftig an, 2001 lag sie bei rund 950 Übersetzerinnen und Übersetzern. 1999 wurde ein internes E-Mail-Diskussionsforum eingerichtet, 2000 die eigene Homepage³⁹ geschaltet, in die zwei Jahre später das Übersetzerverzeichnis mit eigener Suchfunktion integriert wurde. Mit der Homepage gönnte sich der Verband eine schöne Informationsbroschüre und ein neues Logo. Homepage, Broschüre und Logo signalisierten ein selbstbewussteres Auftreten des Verbandes, der sich immer häufiger statt mit der für Außenstehende kryptischen Bezeichnung „Bundessparte Übersetzer“ kurz und bündig als „VdÜ“ präsentierte – lauter Dinge, die der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und dem Sichtbarmachen dienten. Nicht zu unrecht überschrieb Helga Pfetsch

³⁹ <http://literaturuebersetzer.de>

auf der Mitgliederversammlung 2001 die Arbeit dieser vier Vorstandsjahre mit dem Motto „Wir sind wer – wir tun was“.

Das musste auch die Gegenseite zur Kenntnis nehmen: Als drei Verlage, darunter Rowohlt, in ihren Verträgen die Erfolgsbeteiligung auf maximal eine Verdoppelung des Honorars beschränkten, fragte der Vorstand bei Mitgliedern an, ob sie bereit wären, bis zu einer Regelung des Problems auf eine weitere Zusammenarbeit mit diesen Verlagen zu verzichten – und erhielt neben wenigen verneinenden eine überraschend hohe Zahl von bejahenden Antworten. Man wollte die Liste der Unterzeichner einstweilen unter Verschluss halten, doch Rowohlt erhielt Kenntnis davon und drohte mit einer einstweiligen Verfügung wegen „Aufrufs zum Boykott“. Helmut Frielinghaus, langjähriger Lektor beim Verlag und VdÜ-Mitglied seit 1965, vermittelte ein Moratorium, und es kam zu einem Gespräch zwischen der Verlagsleitung und Vertretern der Bundessparte Übersetzer; ein zweites anberaumtes Gespräch sagte der Verlag allerdings ab. Die Holtzbrink-Verlagsgruppe hingegen trat von sich aus an den Vorstand heran und bat um ein Informationsgespräch zum Thema Übersetzungsverträge. Auch mit der Bertelsmann-Verlagsgruppe wurde über strittige Punkte eines für alle Konzernverlage eingeführten neuen Vertrags gesprochen; die Regionalgruppe München hatte sich besonders engagiert und das Gespräch mit einer Aktion unterfüttert, die einen Großteil der für den Konzern tätigen Übersetzer erreicht hatte.

„Verhandeln in Augenhöhe“. Erster Akt.

Bei den 2001 anstehenden Vorstandswahlen gab es nur ein kleines, aber nicht unwichtiges Revirement: Der bisherige Schatzmeister Thomas Brovot wurde stellvertretender Vorsitzender. Seine besondere Kenntnis des Urhebervertragsrechts wurde gebraucht, denn im Bundesjustizministerium wurde an einer Reform dieses Rechts gearbeitet, die eine Stärkung der Urheber gegenüber den Verwertern bringen sollte. Die Verwerter boten ihre mächtige Lobby auf, doch der VdÜ setzte eine Lobbyarbeit dagegen, die das Attribut „professionell“ wahrhaft verdiente: Bei einem Gespräch über den Fall Piper mit Michael Naumann, damals Staatsminister für kulturelle Angelegenheiten, wurden, wie es im Protokoll der Mitgliederversammlung 2000 heißt, nebenbei auch „die Wünsche der Übersetzer an eine Novellierung des Urheberrechtsgesetzes vorgetragen.“ Mit Erfolg: „Der Staatsminister unterstützt unser Anliegen und wird sich – wie in einem nachfolgenden Briefwechsel deutlich wurde – auch gegenüber der Bundesjustizministerin Hertha Däubler-Gmelin dafür einsetzen.“ Man operierte also auf Ministerebene, hatte aber auch schon gründliche Vorarbeit geleistet, indem man sich in einer AG Urhebervertragsrecht mit den Details der Materie vertraut machte und an der von einschlägigen Verbänden und Gewerkschaftsfachgruppen gebildeten „Initiative für die Reform des Urhebervertragsrechts“ beteiligte. Begleitet wurde die Lobbyarbeit von einer Öffentlichkeitskampagne: In einem offenen Brief mit Datum 14. Dezember 2000 appellierten insgesamt 248 Verbandsmitglieder und 12 weitere Unterstützer an Bundeskanzler Schröder, sich dafür einzusetzen, dass „Verhandlungsparität zwischen Verwerter- und Urheberseite hergestellt wird.“ Am Vorabend der Mitgliederversammlung

2001 gab es im Berliner LCB eine öffentliche Podiumsdiskussion, bei der der Justiziar des Börsenvereins einen schweren Stand hatte angesichts des vereinten Sachverständigen Sachverständigen prominenter Befürworter der Urheberrechtsreform. Und am 26. September 2001, 11:30 Uhr, legte vor dem Reichstagsgebäude ein Boot an, beladen mit 667 Büchern, eines für jeden Abgeordneten, geschenkt von gut 250 Übersetzern, die mit individuellem Anschreiben den persönlich angesprochenen Abgeordneten baten, die geplante Reform zu unterstützen. Es wäre natürlich verwegen zu behaupten, diese Aktionen hätten den Ausschlag gegeben, aber wesentlich beigetragen haben sie sicherlich dazu, dass die Urheberrechtsnovelle relativ wenig verwässert alle Hürden nahm: Im Januar 2002 wurde das die Reform umsetzende „Gesetz zur Stärkung der vertraglichen Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern“ – das „Stärkungsgesetz“ – vom Bundestag mit breiter Mehrheit verabschiedet, im März passierte es den Bundesrat, am 1. Juli 2002 trat es in Kraft. Auf der Mitgliederversammlung danach konnte Thomas Brovot feststellen, „daß die Übersetzer aufgrund ihrer vielfältigen Aktionen und der Einflußnahme über diverse relevante Kanäle an den entscheidenden Stellen Gehör gefunden haben.“⁴⁰

Als die Abstimmung im Bundestag auf der gerade stattfindenden Jahrestagung in Bensberg bekanntgegeben wurde, reagierten die anwesenden Übersetzerinnen und Übersetzer mit stehendem Applaus, doch es begann ein jahrelanger Leidensweg. Die Literaturübersetzer hatten nun im Prinzip – von Gesetzes wegen – die Möglichkeit, tatsächlich auf Augenhöhe mit den Verlagen zu verhandeln, denn die Novelle verpflichtete zur Aufstellung „gemeinsamer Vergütungsregeln“: Die Interessensverbände beider Seiten sollen sich darüber einigen, was unter „angemessener“ Vergütung zu verstehen ist. Eine wichtige Vorgabe stand bereits im Gesetzestext: „üblich“ genüge für die Angemessenheit nicht, die Vergütung müsse auch „redlich“ sein; als Beispiel für *nicht* angemessene Vergütung wurden in der Begründung explizit die Honorare der Literaturübersetzer genannt.

Auf der Mitgliederversammlung im Frühjahr 2002 wurde also eine Honorarkommission berufen, aus deren Mitte eine aus VdÜ-Mitgliedern und Gewerkschaftsvertretern bestehende Verhandlungskommission bestimmt wurde. Pünktlich zum Inkrafttreten des Gesetzes forderte der VdÜ den Verlegerausschuss des Börsenvereins auf, in Verhandlungen einzutreten, und präsentierte einen ausgearbeiteten „Vorschlag für gemeinsame Vergütungsregeln“. Der Börsenverein erklärte sich selbst nicht für zuständig, doch unter seiner Schirmherrschaft gründeten sich Verlegervereinigungen, die sich für mandatiert erklärten. Es sah gut aus für die Übersetzer: Am 5. Februar 2003 fand ein Sondierungsgespräch im kleinen Kreis statt, und es wurde grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft beider Seiten festgestellt. Im April kam es zu einer ersten Verhandlungsrunde. „Perspektivisch“ war das Verhandlungsziel des VdÜ „eine Verdreifachung der bisher üblichen Honorare“. Die Verwerterseite hingegen zeigte „Entgegenkommen in allem, was

⁴⁰ Das Bangen und Hoffen dieser Jahre ist ausführlich dokumentiert im Archiv der VdÜ-Website. Einen Überblick mit weiterführenden Links gibt <https://literaturuebersetzer.de/site/assets/files/html/verguetungsstreit/verguetungsstreit.htm> (abgerufen am 29.01.2019)

kein Geld kostet“⁴¹, und was sie sonst vorschlug – mit dem Grundhonorar verrechenbare Erfolgsbeteiligungen –, hätte die Lage der Literaturübersetzer sogar noch weiter verschlechtert.⁴² Auch bei der zweiten Verhandlungsrunde am 2. Juni 2003 bekundeten die Verleger zwar Einsicht in die Notwendigkeit einer wesentlich besseren Vergütung, doch sie boten lediglich ein für sie kostenneutrales Modell an. Nach einer dritten Runde am 5. September erklärte der VdÜ im September die Verhandlungen für gescheitert, er teilte der Presse mit: „Die Übersetzer werden nunmehr das im neuen Urhebergesetz vorgesehene Schlichtungsverfahren einleiten“. Die Verlegervereinigungen kümmerte dies wenig, sie hatten schon im Vorfeld ihr Mandat für ein Schlichtungsverfahren nach dem neuen Urheberrechtsgesetz bestritten und erklärten jetzt, die Verhandlungen seien für sie ohnehin nur „informelle Gespräche“ gewesen. Obendrein hatten sie ein Gutachten anfertigen lassen, das warnte, jede noch so geringe Anhebung der Übersetzervergütung werde zu einem Verlagssterben führen.⁴³ Ein Schlichtungsverfahren konnte die Verlegerseite auch insofern nicht schrecken, als – das war eine von der Verwerterlobby erreichte Verwässerung der Reform gewesen – ein Spruch nicht bindend war. Vorsichtshalber lösten sich die gerade erst vor knapp einem Jahr gegründeten Verlegervereinigungen wieder auf. Bei seiner Pressekonferenz auf der Leipziger Buchmesse am 25. März 2004 musste der VdÜ eine bittere Bilanz ziehen: Zwei Jahre nach der Einführung des neuen Urheberrechts war von der euphorischen Zuversicht kaum etwas übriggeblieben.

Glaubenskrieg

Schon auf der Mitgliederversammlung 1991 hatte eine Kollegin gebeten, „die Möglichkeiten einer Agentur für Übersetzer zu überdenken, die Übersetzerinnen und Übersetzer von Vertragsverhandlungen entlasten und eine fairere Honorierung ermöglichen würde.“ Die Bedenken überwogen damals, die Idee wurde nicht weiterverfolgt. Erst 1998 tauchte sie wieder auf: der Vorstand teilte Überlegungen mit, wie man für die Übersetzer eine Agentur schaffen könnte, analog zu den Agenturen der Autoren, Fotografen und anderen freischaffenden Urhebern. Die lebhafteste Debatte war kontrovers, doch schließlich wurde der Vorstand beauftragt, die Frage weiterzuverfolgen. Im Vorstand, in einem Workshop und in regionalen Treffen wurden also verschiedene Modelle diskutiert, ein Kompromiss daraus lag auf der Mitgliederversammlung 1999 vor, allerdings hieß es: „Es müsste sich nun eine Person finden, die auf dieser Basis eine Agentur gründen möchte.“ Es fand sich lange Zeit niemand, erst vier Jahre später gaben Thomas Brovot und Peter Klöss bekannt, sie hätten eine Agentur gegründet. Die beiden Kollegen hatten sich, als es um die Urheberrechtsreform ging, in außergewöhnlicher Weise engagiert, und so wurde ihre neue Initiative zunächst mit Beifall bedacht. Für viele war die Agentur ein alter Wunsch, und sie erhofften sich von ihr auch einen allgemeinen Nutzen, indem die von professionellen Verhandlern

⁴¹ Protokoll der Mitgliederversammlung 2003.

⁴² Vgl. den Presstext des VdÜ vom 5. September 2003

⁴³ Der VdÜ kritisierte das sogenannte Homburg-Gutachten als „irreführend und methodologisch fragwürdig“ (Presseerklärung vom 19. November 2003).

erreichten besseren Verträge langfristig auch bessere Bedingungen für alle Übersetzer bringen würden. Doch dann wurden Bedenken laut: Beide seien ja auch Vorstandsmitglieder, und ein Vorstandsamt, das zur Wahrung der Interessen aller Mitglieder in gleicher Weise verpflichtet, sei grundsätzlich unvereinbar mit einer Agentur, die stets nur die Interessen Einzelner im Auge habe. Das Protokoll der Mitgliederversammlung 2003 berichtete sehr sachlich und objektiv über die Debatte, doch sachlich und objektiv war sie in Wirklichkeit keineswegs, sie wurde so emotional und verbissen geführt wie bisher keine Debatte im Verband.

Der tiefe Riss, der auf einmal den VdÜ in zwei Parteien spaltete, mag auch das Ergebnis von untergründigen Spannungen und „unterschiedlichen politischen Grundeinstellungen“⁴⁴ gewesen sein, bei der inzwischen erreichten Größe des Verbandes – über 1100 Mitglieder – wäre das nichts Unnatürliches gewesen. Aus zeitlichem Abstand betrachtet, gleicht die Auseinandersetzung freilich eher einem Glaubenskrieg, denn real hat in der Verbandsgeschichte keine Übersetzeragentur je eine Rolle gespielt. Die Heftigkeit und Unversöhnlichkeit war wohl in erster Linie dem internen E-Mail-Forum geschuldet, das seit vier Jahren bestand. In diesem Forum brach die Debatte los und entwickelte in rasantem Tempo eine fatale Eigendynamik, mäßige Stimmen waren machtlos. Es zeigten sich die Tücken des virtuellen Mediums: Da man sich nicht wie bei einer Mitgliederversammlung persönlich gegenüberstand, wirkten die psychologischen Mechanismen nicht, die dort für gesittete Ausdrucksweise und Höflichkeit sorgen. Und anders als auf einer Mitgliederversammlung gab es keine die Emotionalität dämpfende Rednerliste, vielfach wurde sofort „aus der Hüfte geschossen“. Die Debatte degenerierte in kürzester Zeit zum Schlagabtausch, an dem sich auch fast nur noch eine Handvoll wortmächtiger Matadoren beteiligte, die übergroße Mehrheit hielt sich heraus, um nicht ins Schussfeld zu geraten, zum Teil auch aus schierem Entsetzen. Es kamen persönliche Animositäten auf, wie man sie bisher im Verband nicht gekannt hatte.

Im September-Rundbrief 2003 wurde das Auseinanderbrechen des Vorstands mitgeteilt: drei Mitglieder aus den Reihen der „Agenturgegner“ hatten ihr Amt niedergelegt. Nach den geltenden Regularien war ein bis zu den regulären Vorstandswahlen amtierender Interimsvorstand zu wählen. Bei der Interimswahl auf der Mitgliederversammlung 2004 hatte die amtierende Vorsitzende Helga Pfetsch keine Gegenkandidaten, und ihre Vermittlungsbemühungen trugen ihr eine beeindruckende Mehrheit an Ja-Stimmen ein. Für die übrigen Vorstandsämter kam es dann zwar zu Kampfabstimmungen, doch es scheinen eher Persönlichkeitswahlen denn „Parteiwahlen“ gewesen zu sein, am Ende bestand der Vorstand jedenfalls zu fast gleichen Teilen aus „Agenturbefürwortern“ und „Agenturgegnern“. Der Einigkeitwille war offensichtlich noch stark, ein Antrag, die Unvereinbarkeit von Vorstandsamt und „privatwirtschaftlichem Unternehmen, das durch Geschäfte mit Übersetzern Gewinn erzielt“, festzustellen, wurde mit deutlicher Mehrheit

⁴⁴ So äußerte sich die Vorsitzende Helga Pfetsch im Rundbrief September 2003. Sie schrieb: „Ich verstehe die Diskussion um die Agentur als die Spitze eines Eisbergs. An ihr wurde für mich erneut und diesmal sehr vehement klar, welche unterschiedlichen politischen Grundeinstellungen es in unserem Verband gibt. Für mich lautete die tiefere Frage: Wie können diese politischen Grundeinstellungen im Verband nebeneinander existieren und vielleicht sogar: Wollen sie das überhaupt?“

abgelehnt.⁴⁵ Der Graben war zwar nicht zugeschüttet, doch zumindest für eine Zeit überbrückt. Bei seiner ersten Sitzung noch am Versammlungsort verkündete der Interimsvorstand einen „Frankfurter Frieden“, in dem politische Differenzen zum „Luxus“ erklärt wurden, den sich der Verband in der derzeitigen Situation nicht leisten könne. Anders als beim VS in den 1980er Jahren gab es keine Austrittswelle.

Der VdÜ hatte ja in diesem Jahr 2004 auch sein Fünzigjähriges zu feiern. Die Jahrestagung, die, organisiert von einem Team unter der Leitung von Gertraude Krueger, erstmals nicht in einer geschlossenen Tagungsstätte, sondern „offen“ in der Altstadt von Wolfenbüttel stattfand, wurde zur fröhlichen, einen Tag länger als üblich dauernden und besonders viele Workshops bietenden Jubiläumstagung. Auf der Frankfurter Buchmesse erhielten die Übersetzer mit dem Internationalen Übersetzerzentrum ein neues, großzügig ausgestattetes Forum für ihre Öffentlichkeitsarbeit, das nicht einmal viel kostete, weil VdÜ-Mitglieder Ideen und Manpower lieferten und die Buchmessen-Gesellschaft dafür Raum und Ausstattung zur Verfügung stellte. Und das dem VdÜ die Gelegenheit bot, mit einem eigenen Preis, „Übersetzerbarke“ genannt, übersetzerfreundliche Verleger auszuzeichnen. Grund zur Freude bot außerdem ein Karlsruher Urteil: Im Juni gab der Bundesgerichtshof der Übersetzerin Karin Krieger, die mit Unterstützung der Gewerkschaft ihren Rechtsstreit gegen den Piper Verlag tapfer durch alle Instanzen durchgeföhnt hatte, in allen wesentlichen Punkten Recht.

„Verhandeln in Augenhöhe“. Zweiter Akt.

Auch bei den 2005 stattfindenden regulären Vorstandswahlen überwog der Einheitswille: Es hatte sich eine Kandidatenriege zusammengefunden, die beide Parteien repräsentierte, wenn auch mit einigem Übergewicht der „Agenturgegner“. Alle wurden mit immerhin respektabler Mehrheit der Ja-Stimmen gewählt, Gegenkandidaten gab es nicht. Gerlinde Schermer-Rauwolf, bisherige Schatzmeisterin und zu den „Agenturgegnern“ zählend, wurde neue Vorsitzende, Claudia Steinitz von den „Agenturbefürwortern“ zweite Vorsitzende. Bei der Honorarkommission, die ebenfalls neu zu wählen war, überwogen die „Agenturgegner“ deutlich, doch auch die andere Seite war vertreten. Die Brücke über dem Graben hielt, die Arbeit konnte weitergehen.

Im Vordergrund standen natürlich die Verhandlungen mit den Verlegern. Wie geschildert war ein erster Anlauf gescheitert, und die Verlegervereinigungen, mit denen eine „gemeinsame Vergütungsregel“ auszuhandeln gewesen wäre, hatten sich aufgelöst. Daraufhin hatte der VdÜ das Kammergericht Berlin angerufen, eine Schlichtungsstelle zu bestimmen und die Verpflichtung der Verlegerseite festzustellen, sich auf das Schlichtungsverfahren einzulassen. Auch eine erste vom Bundesjustizministerium initiierte Mediation zwischen Verlegern und Literaturübersetzerverband war schon bald ins Stocken geraten, da die „Positionen zu weit auseinander“ lägen; sie war schließlich ausgesetzt worden. Der VdÜ zog nun die zweite Karte, die ihm das neue Urheberrechtsgesetz in die Hand gab: Er forderte drei Verlagshäuser einzeln zu Verhandlungen auf.

⁴⁵ Lt. Protokoll erhielt der Antrag 45 Ja-Stimmen, 65 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen.

Deren erste Antwort bestand darin, dass sie anzweifelten, im VdÜ einen repräsentativen Verhandlungspartner vor sich zu haben. Informelle Sondierungen am Rande der Leipziger Buchmesse führten dann aber zu Vorgesprächen mit dem Marktführer Random House, der nach einiger Zeit formell die Aufforderung zu Verhandlungen erwiderte.

So geschehen im Jahre 2004. Anfang 2006 setzte Random House die Verhandlungen (die der Konzern hinterher als „Gespräche“ verstanden wissen wollte) wieder aus, denn es sollte eine neue Mediation stattfinden, an der sich neben Random House ein knappes Dutzend weiterer Verlage beteiligen wollte. Im April 2007 wurde auch sie auf unbestimmte Zeit ausgesetzt: die Übersetzer sahen im Vorschlag des Mediators eine nicht uninteressante Verhandlungsbasis, doch die Verlegerseite war „reserviert“. Kurz zuvor, im Januar 2007, hatte sich eine „AG Publikumsverlage“ in der Vorwärtsverteidigung versucht, indem sie ein „Münchner Modell“ als einseitige Selbstverpflichtung lancierte – ohne es den Übersetzern je vorgelegt zu haben, die es denn auch auf ihrer kurz danach stattfindenden Mitgliederversammlung einstimmig ablehnten.

Der Versuch, die Verlegerseite per Gerichtsbeschluss zu einem Schlichtungsverfahren zu zwingen, war inzwischen ebenfalls gescheitert: Das Landgericht Frankfurt hatte im Oktober 2006 dem Börsenverein bestätigt, dass er nicht in die Schlichtung müsse. Der VdÜ versuchte mit einem Aktionstag auf die deprimierende Lage aufmerksam zu machen. Auf der Leipziger Buchmesse 2007 gab es eine prominent besetzte Podiumsdiskussion, in den Hallen liefen Sandwichmen und Sandwichwomen mit Plakaten umher und verteilten an die Messebesucher „Lunchpakete nach Verlegerart“, die aus einem Apfel und einem Ei bestanden. Doch die Organisatoren waren enttäuscht über die geringe Beteiligung. „Offenbar“, so der Bericht im internen Rundbrief, „liegt die Stärke unseres Verbandes mehr im Kampf mit Worten (...) als in öffentlichen Aktionen, bei denen wir den Schreibtisch verlassen und unser Gesicht zeigen müssen.“ Was freilich außer acht ließ, dass die Aktivisten die Reise nach Leipzig und den Messe-Eintritt selbst zu berappen hatten.

Doch nun wurden die Verhandlungen mit Random House ernsthafter: Ende 2007 legte der Konzernverlag ein „Berliner Modell“ vor, dem sich eine Reihe weiterer Verlage anschloss. Der Vorschlag gab zwar, wie die Honorarkommission des VdÜ in ihrem Bericht meinte, „nicht zu Euphorie Anlass“, doch als Ausgangsbasis schien er ihr tauglich. Er sah eine Untergrenze für das Seitenhonorar und eine nicht mit der Grundvergütung verrechenbare Erfolgsbeteiligung vor. Als die Sache publik wurde, forderte Hanser seinerseits den VdÜ zu Verhandlungen auf – ein Novum, doch der Verlag rechnete mit einer Signalwirkung für den Fall, dass es zu einer Einigung kommen sollte. Auf der (relativ schwach besuchten) Mitgliederversammlung im Februar 2008 wurde der Vorschlag von Random House kontrovers diskutiert. Knapp die Hälfte der Anwesenden plädierten dafür, auf der Grundlage des vorliegenden Angebots („mit kleinen Verbesserungen, ohne substantielle Änderungen“) weiter zu verhandeln, eine geringe Mehrheit bestand auf Forderungen, die sie für unverzichtbar hielt, so eine ab dem ersten Exemplar oder zumindest bei niedriger Schwelle einsetzende Erfolgsbeteiligung und vor allem differenzierende, nach dem Schwierigkeitsgrad gestaffelte Honorarzonen. Nach dieser Mitgliederversammlung konnten bei

mehreren Verhandlungsterminen noch etliche Detailverbesserungen erreicht werden, im Juni schließlich hielt die VdÜ-Honorarkommission das Papier für unterschriftsreif. Random House warb daraufhin um weitere Unterzeichner auf der Verlegerseite, am 20. Juni veröffentlichten VdÜ und Verleger eine gemeinsame Pressemitteilung mit der Überschrift: „Übersetzergewerkschaft und Publikumsverlage verständigen sich auf mögliche Vergütungsregel für literarische Übersetzungen“. Neben Random House hatten sich zweiundzwanzig Publikumsverlage der Vereinbarung angeschlossen.

Anders als sonst bei gewerkschaftlichen Tarifabschlüssen, bei denen eine Verhandlungskommission ohne Rücksprache mit der Basis den ausgehandelten Tarifvertrag unterzeichnet, hatten beim VdÜ die Mitglieder den Abschluss zu sanktionieren, so war es auf der Mitgliederversammlung 2002 beschlossen worden. Der Vorstand setzte also eine außerordentliche Mitgliederversammlung für den 20. September 2008 an, auf der einen ganzen Tag lang über Annahme oder Ablehnung der vereinbarten „gemeinsamen Vergütungsregel“ debattiert und schließlich darüber abgestimmt werden sollte. Im August-Rundbrief fassten je ein befürwortender und ein ablehnender Aufsatz die Argumente noch einmal zusammen, die Rechtsanwälte Beisler und Struppler und VS-Justiziar Wolfgang Schimmel gaben ausführliche Stellungnahmen ab – alles sehr zivilisiert. Doch ein Teil der Mitglieder, zumal die Übersetzer anspruchsvoller Literatur, lief seit dem Frühjahr, als der Text der Vergütungsregel erstmals im Rundbrief stand, Sturm gegen den Vorschlag. Im Mai-Rundbrief stand ein von weit über hundert VdÜ-Mitgliedern unterzeichneter „Appell“, in dem „Sechs Forderungen für faire Vergütungsregeln“ als nicht verhandelbar bezeichnet wurden. Und im Juli bekundete eine ähnlich große Zahl von Unterzeichnern – es waren im wesentlichen dieselben wie beim „Appell“ – in einem offenen Brief, dass sie nicht bereit seien, die vereinbarten Regelungen als „angemessene Vergütung“ zu akzeptieren. Im verbandsinternen E-Mail-Forum ging es hitzig zu, die Ansichten prallten immer unversöhnlicher aufeinander, persönliche Animositäten blieben nicht außen vor, Polemik zementierte die Positionen. Erneut standen sich zwei Lager gegenüber, wie fünf Jahre zuvor bei der „Agenturdebatte“ – und die Scheidelinie, zumindest wie sie sich anhand der Protagonisten abzeichnete, war in etwa dieselbe.

Am 20. September 2008 wurde also in Köln auf einer Mitgliederversammlung mit der Rekordbeteiligung von 153 anwesenden Mitgliedern ein ganzer Tag lang noch einmal das Für und Wider der Vereinbarung durchgesprochen – wiederum in höchst zivilisierter Weise. Eine Prognose, wie die Abstimmung ausgehen würde, wagte (nach meiner Kenntnis) niemand. Um so größer die Überraschung: bei 4 Enthaltungen sprachen sich nur 44 für die Annahme aus, 105 dagegen. Die mit Random House ausgehandelte „Gemeinsame Vergütungsregel“ war also mit Zweidrittelmehrheit verworfen. Nicht alle der Neinsager hätten wohl, wie es im „offenen Brief“ der Gegner etwas pathetisch geheißen hatte, mit der Vereinbarung auf Dauer eine Gefährdung der Kultur befürchtet, doch die allzu geringe Erfolgsbeteiligung von 0,5% ab dem 5001. verkauften Exemplar (beim Taschenbuch die Hälfte) hätte dazu geführt, dass viele Übersetzerinnen und Übersetzer, zumal wenn sie hauptsächlich Sachbuch oder anspruchsvolle Literatur übersetzten, nur

ab und zu oder überhaupt nie von der Regelung profitiert hätten. Außerdem versprach die Regelung keine Besserung bei der – zumal bei schwierigen Texten – heillos ungenügenden Grundvergütung pro Seite; hier befürchtete man sogar eine Abwärtsspirale. Eine spürbare Verbesserung ihrer Lage hätte nur eine Minderheit der Übersetzer erwarten können. Die ausgehandelte Vergütungsregel mochte besser sein als gar nichts, aber vielen erschien sie wie der sprichwörtliche Spatz in der Hand, und mit einem Spatz mochten sie sich nicht abspesen lassen.

Karlsruhe spricht

Die außerordentliche Mitgliederversammlung im September 2008 war auch nötig geworden, weil im Verlauf des Jahres drei Vorstandsmitglieder zurückgetreten waren, alle drei aus den Reihen der „Agenturbefürworter“ (genauer wäre: „Nicht-Agenturgegner“). Auch zwei Mitglieder der Honorarkommission hatten demissioniert. Das Lager, das bei der Wahl 2005 die Hauptverantwortung übernommen hatte und grosso modo dem der „Agenturgegner“ entsprach –, „regierte“ inzwischen allein. Bei der Vorstandswahl, die am Tag nach der Ablehnung der ausgehandelten Vergütungsregel stattfand, kandidierte dann aus dessen Reihen niemand mehr, das Ruder wechselte ganz ins Lager der Ablehner. Unter dem Vorsitz von Hinrich Schmidt-Henkel übernahm ein völlig neuer Interimsvorstand die Geschäfte, die Amtsübergabe litt, doch es war nicht anders zu erwarten, unter geringer Kooperationsbereitschaft. Nach innen musste Beruhigung angestrebt werden, dazu verschrieb sich der neue Vorstand Geduld und Zurückhaltung in der Hoffnung, dass sich die Wogen mit der Zeit glätten und dadurch die Gegensätze an Schärfe verlieren würden. Nach außen suchte der neue Vorsitzende den Gesprächsfaden mit Verlagen wieder anzuknüpfen – und keiner wies ihm die Tür, statt Unverständnis für die Ablehnung der offerierten Vergütungsregel ließ man sich die Gründe darlegen und zeigte im übrigen Respekt. Atmosphärisch seien die Gespräche sehr angenehm gewesen und „geprägt vom Willen beider Seiten, den anderen ernst- und seine Situation wahrzunehmen“, schrieb Hinrich Schmidt-Henkel im Mitglieder-Rundbrief. Doch dabei blieb es, Nachbesserungen wurden nicht angeboten, Perspektiven zu neuen Verhandlungen taten sich nicht auf.

Inzwischen blickte man aber gespannt nach Karlsruhe: Beim Bundesgerichtshof standen fünf Verfahren an, und für Juni 2009 war ein Verhandlungstermin angesetzt. Diese Verfahren reichten bis ins Jahr 2002 zurück. Damals hatte der VdÜ erstmals seine Mitglieder aufgefordert, eine Anpassung ihrer Verträge nach dem neuen Urhebergesetz zu verlangen und notfalls einzuklagen. Etwa 20 Übersetzer, denen die Anpassung nicht bewilligt wurde, waren daraufhin mit Unterstützung von ver.di vor Gericht gezogen. Die Urteile in erster und zweiter Instanz waren uneinheitlich, zum Teil widersprüchlich, doch alle sprachen den Übersetzern eine Beteiligung am Verkaufserlös zu, die weit über das Übliche hinausging, und mit einer Ausnahme wollten sie diese Beteiligung nicht mit der Grundvergütung pro Seite verrechnet haben. Die bittere Pille war dabei stets, dass sich die Gerichte nicht zu den ungenügenden Seitenhonoraren äußern wollten. Wie würde nun der BGH urteilen? Ein letztinstanzliches Urteil konnte zwar keine gemeinsame

Vergütungsregel ersetzen, doch eine Leitentscheidung würde der Karlsruher Spruch auf jeden Fall abgeben.

Am 18. Juni wurde also in Karlsruhe verhandelt, im Oktober wurden die Urteile verkündet. Zwar wurden sämtliche Verfahren zur endgültigen Entscheidung an die Oberlandesgerichte zurückverwiesen, doch das Gericht machte verbindliche Aussagen zur Übersetzervergütung. Die wichtigste war: Die Übersetzer seien als Urheber grundsätzlich an jeder wirtschaftlichen Nutzung ihrer Übersetzung angemessen zu beteiligen – angesichts der jahrzehntelangen Auseinandersetzungen um diese Frage unzweifelhaft ein Sieg für die Übersetzer. Die Aussage wurde sogar beziffert: ab 5000 verkauften Exemplaren stünden ihnen eine Erfolgsbeteiligung von 0,8 % des Nettoladenpreises zu, außerdem gehöre ihnen die Hälfte des Verlagsanteils aus den sogenannten Nebenrechtserlösen (im Januar 2011 präzisierte ein weiteres BGH-Urteil die Nebenrechtsbeteiligung: ein Fünftel des Autorenanteils). Diese Zahlen leitete das Gericht aus der Vergütungsregel ab, die der VS bereits 2005 für Autoren im Bereich Belletristik mit den Verlegern ausgehandelt hatte (sie schrieb allerdings nur den Status quo fest). Dort waren 10 % des Nettoladenpreises als Richtwert für die Autorenvergütung festgelegt. Weil die Übersetzung aber, so das Gericht, eine „nachgeordnete“ Schöpfung sei, stünde ihnen ein Fünftel dieses Richtwerts zu, also 2 %. Außerdem sei die garantierte Grundvergütung in Form des Seitenhonorars zu veranschlagen, wodurch sich die Beteiligung am Nettoladenpreis auf 0,8 % verringere und erst ab einer bestimmten Schwelle zu greifen habe. Der Orientierung an der Vergütungsregel der Belletristik-Autoren verdankte sich auch die für Übersetzungen nicht rational begründbare Halbierung des Beteiligungssatzes beim Taschenbuch auf 0,4 %.

Und wieder die bittere Pille: zu den Seitenhonoraren sagte auch der BGH nichts. Die von ihm genannten Beteiligungssätze lagen zwar höher als in der Vergütungsregel, die von den Übersetzern 2008 abgelehnt worden war (dort waren 0,5 % beim Hardcover und 0,25 % beim Taschenbuch vorgesehen), aber das Grundproblem der heillos ungenügenden Seitenhonorare blieb bestehen. Und weil mehr als die Hälfte der publizierten Übersetzungen die Schwelle von 5000 Exemplaren gar nie erreicht, würden zudem viele Übersetzerinnen und Übersetzer allenfalls peripher von der Regelung profitieren.

„Verhandeln in Augenhöhe“. Dritter Akt.

Aber auch für den neuen Vorstand unter Hinrich Schmidt-Henkel hatten Verhandlungen um eine Gemeinsame Vergütungsregel Priorität, und nach diesen BGH-Urteilen sollten die Aussichten, so dachte man, besser denn je sein. Doch die Verlage mochten erst mal nicht. Anfang Dezember gab der VdÜ einen von Vorstand und Honorarkommission unterzeichneten offenen Brief an die Presse, in dem die „verehrten Gesprächspartner in den Verlagen“ aufgefordert wurden, von „kreativen Umdeutungen“ der BGH-Urteile abzusehen und in neue Verhandlungen einzutreten. Einige Monate später war, wie es in einem Mitglieder-Rundbrief des VdÜ hieß, auf der Verwerterseite „die Haltung nicht mehr so starr“, und informelle Gespräche auf der Frankfurter Buchmesse 2010

zeigten, dass es bei etlichen Verlagen Gesprächsbereitschaft gab. Es waren vor allem die „Hardcover-Verlage“, die keine eigenen Taschenbuchausgaben veranstalten und sich stark vom Verkauf von Lizenzen finanzieren. Sie hatten wegen der hohen Beteiligungssätze, die der BGH bei den Nebenrechten festgelegt hatte, ein besonderes Interesse an einer Vereinbarung, und der VdÜ stellte ihnen ein Entgegenkommen bei diesen Sätzen in Aussicht. Der Plan schien aufzugehen: „Es bewegt sich was“, konnte der Vorstand im Dezember 2011 den Mitgliedern mitteilen. In der Tat verhandelte der VdÜ seit Juni mit einer Gruppe von Hardcover-Verlagen (welche es waren, blieb vertraulich, ebenso wie die Inhalte). Allmählich kam Zuversicht auf, das Interesse an einer Einigung sei „auf beiden Seiten sehr groß“, hieß es auf der Mitgliederversammlung im März 2012. Im Juli war man, so stand es im Rundbrief, „weit gediehen“, man hatte „etliche problematische Punkte bewältigt“ und war sich fast sicher, auf der Mitgliederversammlung 2013 eine ausverhandelte GVR vorlegen zu können. Dann trat auf einmal eine seltsame Funkstille ein. Die Verhandlungskommission des VdÜ einschließlich der beteiligten ver.di-Vertreter waren zwar irritiert, man ging aber dennoch weiter davon aus, dass die Verlage die nur noch in zweitrangigen Details nicht fertige Gemeinsame Vergütungsregel bald unterzeichnen würden. Doch wenige Tage vor der VdÜ-Mitgliederversammlung 2013 kam eine E-Mail vom Hanser Verlag, man wolle erst abwarten, wie das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde beurteile, die Hanser mit Unterstützung des Börsenvereins gegen die BGH-Urteile vom November 2009 und wichtige Teile des Urhebervertragsrechts eingelegt hatte. Die Tatsache dieser Verfassungsbeschwerde war zwar schon länger bekannt, aber jetzt musste sie auf einmal dazu herhalten, die Verhandlungen auf Eis zu legen. Der VdÜ wertete es als Abbruch, was die Hanser-Verantwortlichen zwar dementierten, doch die seither anhaltende Funkstille scheint die Interpretation des VdÜ zu bestätigen. Das Kapitel „*Verhandeln in Augenhöhe. Dritter Akt*“ endet gleichsam mitten im Satz.

Nachtrag in der Ich-Form

Die denkwürdige Mitgliederversammlung vom September 2008, die mit Zweidrittelmehrheit eine mit Random House ausgehandelte gemeinsame Vergütungsregel ablehnte und den Vorstand unter Hinrich Schmidt-Henkel wählte, habe ich nur kurz gestreift, weil ich bei diesem Thema die Historiker-Erzählform nicht aufrechterhalten kann. Hier gebietet sich die Ich-Form, denn ich bin Partei. Schon beim Agenturstreit stand ich auf der Seite derer, die keine Interessenkollision zwischen Agenturtätigkeit und Vorstandstätigkeit sahen. Und als es um die vorgeschlagene Vergütungsregel ging, gehörte ich zu den Unterzeichnern des „Appells“ und des offenen Briefs – so, wie die meisten Mitglieder des neuen Vorstands, dem ich ebenfalls angehöre. Ich habe also nicht den nötigen emotionalen Abstand, um das mit sehr vielen Emotionen besetzte Verbandsinnenleben seit der Vorstandswahl 2005 darzustellen. Nur dies aus ganz persönlicher Sicht: Als wir die Verantwortung übernahmen, war der Riss quer durch den Verband da, wir mussten damit umgehen. Das war eine Zeitlang schwierig, aber inzwischen scheint ein Großteil der Mitglieder das Interesse am Streit um die richtige Richtung wieder verloren zu haben, jedenfalls

tritt der Riss seit längerem kaum noch zutage, im E-Mail-Forum und auf den Mitgliederversammlungen äußert er sich nicht mehr. Mich wundert's wenig, denn die Literaturübersetzer denken ja immer nur ans eine: ans Übersetzen. Schlagender Beweis ist die sechzigjährige Geschichte dieses erstaunlichen VdÜ.